

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Multi. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.80 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — Verlag in Leipzig,
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72204

Inseratenpreise: Die 10spalt. Kolonellzeile 35 Pfg., bei Platzvorkauf 40 Pfg. Stellenangebote 10spalt. Kolonellzeile 25 Pfg. Familienanzeigen von Privatpersonen 10spalt. Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inzerate v. ausw.: die 10spalt. Kolonellzeile 40 Pfg. bei Platzvorkauf 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

Der Eisenkampf vor dem Reichstag

Gegen die Ausperrter

Staatshilfe den Ausperrerten

11. Sitzung vom 12. November 1928.

SPD Auf der Tagesordnung stehen die Anträge und Interpellationen, die sich mit der Ausperrung in der rheinisch-westfälischen Hüttenindustrie befassen.

Reichsarbeitsminister Wissell

In meiner Darlegung ändert nichts die Tatsache, daß — wie ich vor ¼ Stunden erfahren habe — das Arbeitsgericht Duisburg dem Antrag des Arbeitgeberverbandes stattgegeben (lebhaftes Hör-Hör-Rufe links), d. h. die Verbindlichkeits-erklärung des Schiedsgerichts für rechtsunwirksam erklärt hat. Damit ist allerdings die Rechtsfrage nicht endgültig entschieden. (Sehr wahr! links.) Wie die Sache liegt, muß man mit Sicherheit eine Anrufung des Reichsarbeitsgerichts annehmen, so daß die Rechtslage also nach wie vor ungeklärt ist. Der Minister schildert nun die bekannte Entwicklung der Lohnverhandlungen und der Schlichtung in der Nordwestlichen Eisen- und Stahlindustrie und fährt fort:

Die Verbindlichkeitsklärung durch mich war beiden Parteien am 31. Oktober gegen 3 Uhr nachmittags bekannt, also noch vor Ablauf des Tarifs, der nunmehr durch einen neuen Tarifvertrag ersetzt war.

Es wäre genügend Zeit gewesen, die Entlassung der 213 000 Metallarbeiter noch zu vermeiden.

Es ist aber erfolgt. Die Daten 11. Oktober letzte Parteiverhandlungen, 15. Oktober Bestätigung des Schlichters, 22. Oktober bis 28. Oktober Schlichtungsverhandlungen, 29. Oktober Ablauf der Erklärungsfrist, 30. bis 31. Oktober Nachverhandlungen und 31. Oktober vormittags Verbindlichkeitsklärung, schließen aus, daß dem Schlichter oder dem Arbeitsministerium Vorwürfe über zu spätes Eingreifen gemacht werden könnten, oder daß sie die Zeit nicht richtig ausgenutzt hätten (Zustimmung links und im Zentrum). Vor Beendigung der Parteiverhandlungen konnte von einem Schlichtungsverfahren nicht die Rede sein, schon damit nicht durch behördliches Eingreifen eine Einigungsmöglichkeit zerstört wurde.

Ich bin mir darüber klar, daß durch den Spruch die Werte nicht unerheblich belastet werden, aber ich konnte auch nicht übersehen, daß in anderen Bezirken der Metallindustrie die Löhne und Verdienste der Arbeiter günstiger sind als in der Nordwestlichen Gruppe, und zwar sogar noch nach Durchführung des jetzigen Schiedsgerichts (Hört, hört!). Diese günstigen Löhne sind zum Teil frei vereinbart worden, und die köstliche Zeitung hat meinen Spruch als annehmbar bezeichnet; es dürfte bei manchen Unternehmern auch eine gewisse Neigung zur Annahme bestanden haben.

Ob die Kündigung durch Auszahlung am schwarzen Brett rechtsgültig ist, will ich nicht erörtern. Wenn sie es aber ist, so besteht doch kein Streit darüber, daß sie auf Anregung des Arbeitgeberverbandes zum Zweck des Arbeitskampfes erfolgt ist, um bei Eintritt eines tariflosen Zustandes am 1. November die Ausperrung durchzuführen. Die kündigenden Arbeitgeber haben in auch sonst vorgeschriebene Stilllegungsanzeigen nicht eingereicht, obwohl die gesamte Belegschaft entlassen werden sollte. Die Entlassung auf Grund dieser Kündigung konnte deshalb nur erfolgen, wenn am 1. November ein tarifloser Zustand eintrat. Andernfalls hätte die Entlassung eine Verletzung der tariflichen Friedenspflicht dar. Die Kündigung war vorsätzlich für den Fall der Tariflosigkeit erfolgt. Ein tarifloser Zustand ist nicht eingetreten. Infolgedessen stellt

die Entlassung einen Bruch des neuen Tarifvertrages

dar, weil sie seine Durchführung unmöglich macht. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Der Arbeitgeberverband mußte die Zurücknahme der Kündigung veranlassen in dem Augenblick, als ihm das Zustandekommen eines neuen Tarifvertrages bekannt geworden war. Zeit dazu wäre gewesen.

Der Minister beschäftigt sich dann mit den bekannten Einwendungen des Arbeitgeberverbandes gegen die Rechtsgültigkeit des Schiedsgerichts. Da trotz der Verbindlichkeitsklärung die Ausperrung erfolgt ist und der Arbeitgeberverband behauptet, dazu durch Ungültigkeit des Tarifvertrages berechtigt zu sein, habe ich mich um möglichst beschleunigte Klärung der Rechtsfrage bemüht. Der Verhandlungstag ist vom 29. auf den 16. November und dann auf heute vorverlegt worden. Ich werde auch weiter um größere Beschleunigung des Verfahrens bemüht sein. Falls eine der Parteien die sogenannte Spruchrevision gegen das heute organisierte Urteil einlegen will, bin ich bereit, gemäß § 76 des Arbeitsgerichtsgesetzes die sofortige Entscheidung durch das Reichsarbeitsgericht im Interesse der Allgemeinheit für notwendig zu erklären, und ich werde alsdann auch das Reichsarbeitsgericht bitten, den Termin so kurz wie möglich anzusetzen.

Eine neue Vermittlung kann für die Reichsregierung bis zur Klärung der Rechtsfrage nicht in Betracht kommen.

Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß durch den verbindlich erklärten Schiedspruch ein rechtsgültiger Tarifvertrag zustande gekommen und natürlich zu erfüllen ist. Ich kann nicht die Hand dazu bieten, daß der Tarifvertrag wegen einer von mir für unrechtmäßig gehaltenen Kampfhandlung von einer Partei abgeändert wird. Ich halte es auch sehr wohl für möglich, den Zustand herbeizuführen, der durch die Verbindlichkeitsklärung herbeigeführt werden sollte, daß nämlich weitergearbeitet und die prächtige Rechtsfrage auf dem arbeitsgerichtlichen Wege entschieden

wird. Eine unrechtmäßige Belastung der Arbeitgeber kann auf diese Weise nicht herbeigeführt werden. Von der deutschen Wirtschaft aber würde auf diese Weise eine schwere Belastung genommen werden. Wenn sich die Arbeitgeber auch jetzt noch nicht zur Wiedereröffnung der Betriebe entschließen können, dann müssen sie sich der Verantwortung für diese Untertätigkeit, die durch die tatsächlichen rechtlichen Verhältnisse nicht gerechtfertigt ist, bewußt sein. (Sehr wahr! links.) In dieser Meinung weise ich mich einig mit der großen Mehrheit der deutschen Öffentlichkeit. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.)

Wer einen so schweren Kampf begeht, muß sich der Folgen bewußt sein, er muß wissen, daß die Auswirkungen dieses Kampfes in seinem Verhältnis zu dem erstreuten Erfolg stehen können, daß die Verluste der Industrie durch die Stilllegung und durch die Kosten der Wiedereingangslegung weit größer sein müssen, als die etwaigen Ersparnisse.

Wer solchen Kampf führt, muß wissen, daß die Kohlenwerte Feierschichten einlegen müssen, der Eisenhandel aufschwemmt getroffen wird, das Geschäftsleben der Städte in empfindlicher Weise beeinträchtigt, die Gemeinden in schwere finanzielle Nöte gebracht werden, aus denen sie nur durch Steuerleistungen wieder befreit werden können, die sehr erheblich und vielfach ausschließlich von den jetzt ausperrenden Betrieben getragen werden müssen; der muß sich auch

die erheblichen innenpolitischen Folgen dieses Kampfes

karmachen, die die Beruhigung des Industriegebietes, eine der wichtigsten Ertragsquellen der Stabilisierungsjahre, wieder in ihr Gegenteil zurückzuschlagen lassen.

Was kann nun für die Ausperrerten geschehen?

Nach § 84 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes kann bei Arbeitskampfen Unterstützung nicht gezahlt werden. Der Vorstand der Reichsanstalt hat die Ausperrung als solche anerkannt, vorbehaltlich der letzten Entscheidung des Spruchsenats beim Reichsarbeitsgericht. Die Reichsregierung hat zu den Anträgen auf Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung noch nicht Stellung nehmen können. Ich persönlich möchte warnen vor der Tendenz, die Folgen solcher Ausperrungen auf die Arbeitslosenversicherung zu legen. Solange kein anderer Weg sichtbar ist, haben die Gemeinden die gesetzliche Pflicht zur Hilfe. Um das den Gemeinden zu ermöglichen, will die Reichsregierung sich mit der Preussischen Regierung in Verbindung setzen um nach Maßgabe des Bedarfs mitzuwirken. Die Staatsgewalt hat alles getan, was sie tun konnte, um diesen Kampf zu vermeiden. Nachdem er ausgebrochen war, habe ich alles getan, um eine schnelle Klärung der Rechtsfrage zu ermöglichen und schließlich glaube ich auf den Weg gewiesen zu haben, auf dem der Kampf ohne weitere Schädigungen der Volkswirtschaft beendet werden kann. (Lebhafte Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Florin (Komm.) begründet die Interpellation seiner Fraktion, in der am Schluß gefragt wird: „Will die Reichsregierung ihren arbeiterfeindlichen Kurs, Verlängerung der Arbeitszeit, durch

ihre Schiedsprüche, Irreführung der Arbeiterschaft und Verschleppung der geschlichen Regelung dieser Frage trotz der wachsenden Empörung der arbeitenden Massen weiter fortsetzen? Ist die Reichsregierung bereit, unverzüglich zu dem kommunistischen Gesetzentwurf auf sofortige Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit vor dem Reichstage Stellung zu nehmen?“ — Er erklärt, bei der Ausperrung handle es sich nicht um eine Rechtsfrage, sondern um eine politische Rechtsfrage. Die Unternehmer wollten mit ihren Kampfmaßnahmen die Arbeiterbewegung niederschlagen und für sich noch mehr als bisher die politische Macht gewinnen. Der Redner wendet sich dann gegen das Schlichtungswesen und gegen die Taktik der freien Gewerkschaften. Die Arbeiter im Ruhrgebiet würden sich jetzt nicht mehr von Strahendemontationen zurückhalten lassen, sondern unter kommunistischer Führung sich zum aktiven Kampf stellen. Die Kommunisten richteten an alle Arbeiter die Aufforderung, auf Tarife und Schiedsprüche zu pfeifen und im Massenstreik die reformistische Gewerkschaftstaktik zu durchbrechen.

Abg. Stegerwald (Ztr.) führt zur Begründung der Zentrumsinterpellation u. a. aus: Welcher ist der wahre Hintergrund dieses Kampfes? Die Behauptung, daß die Unternehmer das gesamte Schlichtungswesen angreifen wollen, findet ihre Stütze in der bekanntgewordenen Tatsache, daß

die Unternehmer am Beginn dieses Jahres einen Kampffonds von 50 Millionen Mark gegen das Schlichtungswesen gegründet haben. (Hört, hört!)

Es ist aber auch erklärt worden, man kämpfe für die Erhaltung der Rentabilität der Betriebe; durch die Ausperrung werden die Werke viel stärker belastet als durch die geringe und unbestreitbare längst notwendige Lohnerhöhung. Das rheinisch-westfälische Revier steht mit den Löhnen der Eisenarbeiter erheblich zurück hinter anderen Eisenindustrieregionen Deutschlands. Dabei bedeutet der Lohn in der Großeisenindustrie durchweg weniger als 5 Prozent der Gestehungskosten im Gegenjahr etwa zum Kohlenbergbau. Der Schiedsbescheid wirkt sich um 0,5 bis 0,75 Prozent des Umsatzes aus, also nicht mehr als die Umsatzsteuer, und die beträgt auf den Zentner Stahl durchschnittlich 0,5 Pfennig! Dagegen ist die Spanne zwischen Lager und Verkaufspreis vor kurzem um 12 Mark pro Tonne erhöht worden! (Lebhaftes Hör, hört!) — Zuruf der Kommunisten: Sagen Sie das Ihrem Parteigenossen Küdner! Er hat seine eigenen Werke im Siegener Land und ist an diesem Kampf gar nicht beteiligt. Wir wissen allerdings, daß in Frankreich, Belgien, Polen und der Tschechoslowakei die Löhne niedriger sind als in der deutschen eisenhaltigen Industrie, aber trotzdem ist das Vorgehen der Ruhrarbeiter unerschrocken und verberlich. Die Ruhrarbeiter haben jahrelang 12 Stunden und noch länger am höllischen Feuer gearbeitet, als es galt, Deutschland wieder hochzubringen.

Das Schlichtungswesen ist viel bestritten, aber wenn es ernst wird, schreden doch alle Verantwortungsbewußten vor seiner Anfechtung zurück. Noch auf Jahre hinaus ist unsere Wirtschaft bedroht und ihre Zukunft nicht zu übersehen, das Schlichtungswesen darum unentbehrlich.

Auf Vorschlag des Präsidenten Löbe verläßt das Haus die Weiterberatung um 18 Uhr auf Dienstag 14 Uhr. Nächster Redner auf der Liste ist Abg. Brandes (Soz.).

Das Arbeitsgericht für die Eisenbarone

Das Urteil von Duisburg

SPD Berlin, 12. November.

Das Duisburger Arbeitsgericht, an das sich die Eisenbarone mit ihrer Klage gegen den Schiedspruch für die Eisenindustrie Nordwest gewandt haben, war mit seinem Urteil über die Frage, ob der Schiedspruch zu Recht besteht oder nicht, sehr schnell fertig. Bereits am Montagmittag lag der Urteilspruch bei den maßgebenden Stellen in Berlin vor. Das Duisburger Arbeitsgericht hat den Schiedspruch für nichtig erklärt. Es hat den beiden Hauptbestandteilen der Unternehmer stattgegeben, d. h. einmal dem Vorwurf der Unternehmer, der Schiedspruch sei allein mit der Stimme des Vorsitzenden gefaßt worden, und zweitens der Behauptung, die Erhöhung der 11 Korblöhne im Schiedspruch widerspreche den Bestimmungen des weitergeltenden Manteltarifvertrages. Eine kritische Stellungnahme zu der Duisburger Entscheidung ist erst möglich, wenn die Begründung vorliegt. Der Spruch des Arbeitsgerichts selbst hat folgenden Wortlaut:

„Es wird festgesetzt, daß ein Tarifvertrag auf Grund des für verbindlich erklärten Schiedspruches vom 30. Oktober 1928 nicht besteht. Die Kosten des Rechtsstreits haben die Beklagten zu tragen. Der Wert des Streitobjektes wird mit einer Million Reichsmark anerkannt. Die Gerichtskosten betragen 500 Reichsmark.“

Der Deutsche Metallarbeiterverband hält auch nach dem Duisburger Urteil daran fest, daß seine Auffassung über die Rechtslage die richtige ist. In Duisburg hat das Arbeitsgericht den Unternehmern Recht gegeben. Man hat an verschiedenen Stellen damit bereits geredet, wie aus Presseäußerungen hervorgeht. Die Unternehmer wußten, warum sie mit ihrer Klage nicht nach Essen, sondern nach Duisburg gingen. Der dortige Amtsrichter steht in dem Ruf, ein stark unternehmer-

freundlich gesinnter Mann zu sein. Das Organ der christlichen Gewerkschaften Der Deutsche bemerkte zu dem Urteil des Duisburger Arbeitsgerichtes:

„Das Urteil wurde überraschend schnell gefällt, so daß der Eindruck besteht, daß es praktisch schon vorher gebildet war. Schon vor einigen Tagen ging uns eine Meldung zu, die besagte, daß sich die Unternehmer deshalb an das Duisburger Arbeitsgericht gewandt hätten, weil sie dort ihre Sache am besten aufgehoben glaubten.“

Stellungnahme der Gewerkschaften

SPD Berlin, 13. November (Radio).

Die drei Metallarbeiterverbände haben am Montagabend in einer gemeinsamen Sitzung in Essen zu der Entscheidung des Arbeitsgerichts in Duisburg Stellung genommen. Das Ergebnis der Besprechung war folgende Mitteilung an die Metallarbeiter:

„Das Arbeitsgericht in Duisburg hat dem Antrag der Arbeitgeber, zu entscheiden, daß der Schiedspruch vom 28. Oktober rechtsunfähig sei, stattgegeben. Die drei Metallarbeiterverbände betrachten dieses Urteil als ein Fehlurteil und werden den Rechtsstreit bis zum Reichsarbeitsgericht durchsetzen. Das Urteil ändert nichts an der gegenwärtigen Lage.“

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband schreibt zur rechtlichen Lage, wie sie sich nach dem Duisburger Urteil ergibt: „Selbstverständlich geht ein Rechtsstreit von so ungeheurer Bedeutung bis in die höchste Instanz. Die Rechtslage in Nordwest ist zur Zeit die, daß sie sich durch das Arbeitsgerichtsurteil nicht geändert hat. Solange dieses Urteil nicht rechtskräftig ist, muß davon ausgegangen werden, daß noch immer ein in Ordnung gehender Schiedspruch einer ordnungsgemäßen Schlichtungskammer vorliegt. Die Aufrechterhaltung der Ausperrung stellt sich daher weiterhin als Tarifbruch der Unternehmenseite dar.“

Viktor Adler

Am 11. November führte sich zum 10. Male der Todestag des Führers der österreichischen Sozialdemokratie, Dr. Viktor Adler. Was August Bebel für die deutsche Arbeiterbewegung war, war Viktor Adler für die des alten Oesterreichs. Aus einer im Kampf wiedergeborenen Einleitung, die Otto Bauer zu einem eben erschienenen vierbändigen Werk: Viktor Adler, der Parteiman, geschrieben hat, geben wir nachstehend diesen kurzen Auszug wieder.
Redaktion der Volkszeitung.

Als der Krieg ausbrach, war Adler schon ein schwerkranker, mit den schwersten körperlichen Leiden ringender Mann. Er hatte bis zur letzten Stunde an den Krieg nicht geglaubt. Das entsetzliche Bild der Massenvernichtung von Menschenleben, der Massenzerstörung schwer erarbeiteter Kulturgüter, der Auflösung der Sozialistischen Internationale hat ihn tief erschüttert. Der Streit in der deutschen Sozialdemokratie um die Bewilligung der Kriegskredite hat ihn tief aufgewühlt. Die Rede, die er am 8. Oktober 1914 vor den Wiener Vertrauensmännern hielt, war die erschütterndste seines Lebens. Es war ein Aufruf einer gekümmerten Seele. Er sagte über die Bewilligung der Kriegskredite: „Ich weiß, man muß dafür stimmen. Ich weiß nur nicht, wie ich es über die Lippen brächte.“ Und später: „Ein unbegreiflicher Deutscher, der anders gehandelt hätte. Ein unbegreiflicher Sozialdemokrat, der es getan hätte ohne schneidenden Schmerz, ohne schweren Kampf mit sich selbst, mit seinem ganzen Fühlen.“

Ein Schwarzgelber, ein altösterreichischer Patriot ist Adler nie gewesen. Aber deutscher Wissenschaft, deutscher Kunst, der deutschen Arbeiterbewegung vor allem fühlte er sich immer auf das engste verbunden; es war vor allem seine Sorge um das Schicksal des deutschen Volkes, was seine Haltung im Krieg bestimmte. Dazu kam nach den Niederlagen der k. u. k. Armee in Galizien die Furcht davor, daß der russische Zarismus die neue Ordnung Mitteleuropas diktieren werde. Und kam schließlich die Sorge, die Organisationen und Institutionen der Arbeiterbewegung nicht zu gefährden. All das wirkte zusammen. Er hat sich oft und entschieden gegen diejenigen gewendet, die unter dem Eindruck des Kriegeserlebnisses alle demokratischen und sozialistischen Grundzüge zu verleugnen, in allem „umzulernen“ begannen, gegen diejenigen, die, wie er sagte, aus der Not, in die der Krieg den Sozialismus gestürzt hatte, die Tugend eines neuen Sozialismus machen wollten. Aber auch er hielt es für die oberste Maxime sozialdemokratischer Politik im Krieg, man müsse „sich hüten, etwas zu tun oder zu sagen, was schädlich wirken könnte in bezug auf die Verteidigung des Landes“, und stellte sich damit grundsätzlich doch auf den Boden der deutschen Mehrheitssozialisten.

Selbstverständlich rief, wie in allen Ländern, auch hier diese Politik heftige Opposition hervor. Adler trug diese Opposition desto schwerer, da an ihrer Spitze sein Sohn Fritz stand. Aber gerade auf dem Höhepunkt dieses Kampfes innerhalb der Partei, gerade an dem Tage, an dem Friedrich Adlers Geschoß den Ministerpräsidenten Stürgkh niederstreckte, offenbarte sich in der Würde seiner Haltung größer denn je Viktor Adlers menschliche Größe.

Es war stets der oberste Grundsatz Adlers in allen tatsächlichen Erwägungen gewesen, daß die Partei nichts sei, wenn sie nicht Ausdruck der Stimmungen, der Bedürfnisse, des Willens der Arbeitermassen ist und bleibt. Nicht nur für die Arbeiter, sondern mit den Arbeitern und durch die Arbeiter den Kampf zu führen, das erschien ihm als das Wesentlichste. Er ist nichts weniger als ein Demagoge, nichts weniger als ein Höfling der Masse gewesen. Er hat oft und hart mit erregten Versammlungen gerungen, um die Arbeiter vor gefährlichen Fehlern zu bewahren. Aber für die allgemeinen, großen Richtlinien der Politik galt es ihm als Regel, was Regel jedes wahrhaft demokratischen Sozialismus bleiben muß, der nicht eine Diktatur über die Arbeiterklasse üben, sondern das Organ der Selbstbestimmung und Selbsterziehung der Arbeiterklasse sein will: „Lieber mit den Arbeitern zu irren, als gegen sie recht zu haben!“ So haben auf ihn die Wandlungen in der Stimmung der Massen auch in der Kriegszeit tiefen Eindruck geübt. Er hat noch auf dem Parteitag 1917 seine Auffassungen gegen die „Linke“ entschieden, ja hart verfochten. Aber in Wirklichkeit war er kein Hindernis mehr jener allmählichen Wendung der Politik der Partei, die die Stimmung der hungernden, unter Kriegsgesetz stromenden Massen im Hinterland, der blutenden Massen an den Fronten, die die Hoffnungen, die die russische Revolution geweckt hatte, erhellte.

Ich habe im letzten Kriegsjahr beinahe täglich mit ihm zusammengearbeitet. Es war ein tägliches Ringen um jede Nuance jedes Zeitungsartikels, jedes Parteiaufsatzes, jedes parlamentarischen Entschlusses. Aber so fest er an dem Grundgedanken seiner Auffassung festhielt, sein menschliches Verstehen hat doch der Partei 1917/18 jene allmähliche Wendung ermöglicht, die sie zur Sprecherin und zu der großen Hoffnung der gepeinigten Massen gemacht, die ihr ihre Einheit gerettet, die sie zur Erfüllung der geschichtlichen Aufgabe befähigt hat, die ihr in den Tagen des unabwendbar nahenden Zusammenbruchs zufallen mußte.

Als der Zusammenbruch kam, war Adler ein sterbender Mann. Mit übermenschlicher Willenskraft zwang er dem sterbenden Körper die letzten Leistungen ab. Er hat uns in den entscheidenden Oktober- und Novembertagen 1918 noch einmal geführt; daß das deutschösterreichische Proletariat die große Umwälzung ohne schwere Opfer vollzogen hat, war zum guten Teil das Werk seiner Führung. Als er starb, war das Werk getan. Am Tage nach seinem Tode wurde die deutschösterreichische Republik proklamiert.

Adlers Leben war Adlers Kampf um die Demokratie. Als er seine Wirksamkeit in der Arbeiterbewegung begann, mußte er erst den Anarchismus besiegen, die Massen erst für den Kampf um die Demokratie gewinnen. Unter seiner Führung hat die Partei in schwerstem Ringen der Arbeiterklasse erst die elementarsten demokratischen Rechte — Vereins-, Versammlungs-, Pressefreiheit — erobern müssen. Unter seiner Führung hat sie der Arbeiterklasse in zwei gewaltigen Wahlrechtskämpfen erst das Wahlrecht erkämpft. Unter seiner Führung hat sie schließlich auf den Trümmern der Habsburgermonarchie die demokratische Republik erzwungen. Als Adler seine Wirksamkeit begann, war Oesterreich von einer feudalen Regierung, von einem noch halb händischen Parlament beherrscht, die Arbeiterklasse vom Wahlrecht ausgeschlossen und den blutigsten Verfolgungen des Ausnahmezustandes unterworfen; als Adler starb, ward Oesterreich unter der Führung der Arbeiterklasse zur demokratischen Republik.

Und dennoch entbehrt dieses Leben nicht der Tragik. Denn Adler führte den Kampf um die Demokratie in einem Reich, dessen Existenz, auf die bloße Gewalt gegründet, die zehn

Der Reichstag beginnt

Debatte über den Eisenkampf

Berlin, 12. November.

Noch selten ist eine Session des Reichstages so nüchtern begonnen worden, wie die am Ende des Jahres 1928. Selbst die Kommunisten verhielten sich folgsam und brav. Es schien, als wenn in der Reichstagsfraktion der KPD die „Berjöhner“ bereits das Festsitzen in den Händen hätten. Die Rede des kommunistischen Interpellanten Florin freilich ließ auch andere Schlüsse zu. Er erklärte, die Arbeiter würden sich jetzt nicht mehr von Straßendemonstrationen zurückhalten lassen, sie würden unter Führung der Kommunisten zum „aktiven Kampfe“ übergehen. Daß in Rheinland und Westfalen zur Zeit der Welken der Kommunisten blüht, wird denn auch von allen Parteien anerkannt. Nach den Beschlüssen des 6. Weltkongresses sind die Gewerkschaftsleitungen in den Bezirksorganisationen der KPD verpflichtet, „aktiv“ in den Kampf einzugreifen, und zwar durch eigene Parolen, durch eigene Ausschüsse und dergleichen. Nicht mehr nach der Methode: „Zwingt die Botschaft“, sondern indem sie zu selbständigen Aktionen übergehen. Mit diesen Ausweitungen dürften die Montanherzöge im voraus gerechnet haben, und da nach Angaben des Arbeitsministers von den Aussperrten fast 70 Prozent Unorganisierte sind, dürfte es nicht schwer halten, die neuen Moskauer Parolen auszuführen.

Diese Perspektiven haben ihren Eindruck nicht verfehlt. Darum die sachliche Nüchternheit, die ansonsten bei Eröffnungsreden des Reichstages nicht zu finden ist. Die Eisenbarone rebellieren gegen den Staat. Wie ein roter Faden zog sich dieser Gedanke durch die Rede des Zentrumsgeheimrats Stegerwald hindurch. Die christlichen Gewerkschaften sind, im Verhältnis zur Zahl ihrer Gesamtmitglieder, die Hauptleidtragenden des Kampfes. Darum der Ruf des Entschlusses aus dem Munde Stegerwalds: „Entweder Klassenkampf von oben und unten, oder aber Verständigungswille.“ Die rheinisch-westfälischen Eisenherren haben den Willen zum Klassenkampf dokumentiert und das freilich paßt schlecht zur Theorie von der Großen Koalition. Denn diese sei — sagt Stegerwald — der Ausdruck der Verständigung und die Montanherzöge haben demonstriert, was es damit in Wirklichkeit auf sich hat. Dazu kam das geradezu provozierende Urteil des Duisburger Arbeitsgerichts, das folgerichtig dem diktatorischen Willen der Unternehmer entsprachen hat, aber das zur Zeit gerade das Zentrum dem Kabinett der „Verständigung“, der Großen Koalition, die größten Schwierigkeiten macht, darüber freilich schweig Herr Stegerwald. Zwar fehlen dem Zentrum gegenwärtig mehr denn je einheitliche Direktiven, zweifellos aber bereiten sich hinter den Kulissen Dinge vor, über die der Sonntagsblätterartikel der Germania einigen Aufschluß gab. Er mündete in einem Vorstoß gegen Dr. Stresemann, gegen seine unbedachtliche Außenpolitik, und die verkaufte Säge des Kler-

ikalen Zentralorgans sind denn auch allerorten deutlich und richtig verstanden worden. Man wird daher in den nächsten Wochen mit allerlei Überraschungen zu rechnen haben. Dies um so mehr, da zur Zeit im Zentrum jede Richtung eine eigene Politik betreibt.

Webrigens hat der Zentrumsvorredner die Sache der Aussperrten nicht wirkungslos verfochten, aber er kam aus dem Konzept, als unverhofft der Name Klöckner fiel. Klöckner stellt die „Querverbindung“ der Eisenindustriellen im Zentrum dar, woran auch nichts geändert wird, wenn seine Werte, wie Stegerwald stotternd richtigstellte, im Siegerland und im „Donnabrischen“ liegen. Daß gerade der Deutsche, das Organ Stegerwalds, dieser Tage auf die engen Beziehungen Klöckners zur Germania — er ist ihr Hauptaktionär — und ihre Schreibweise verwiesen hat, vermag der Zentrumsvorredner. Der Deutsche aber gestand offen und ehrlich zu, daß Herr Klöckner seine schwerindustriellen Interessen im Zentrum gebührend zu wahren weiß. Was dann von dem vorkommlichen Redner zu erwarten ist, der erst am Dienstag zum Worte kommen wird, läßt sich bei alledem nur erst ahnen. Obendrein hat sich Herr Curtius, der Wirtschaftsminister, vorbehalten, in die Debatte einzugreifen, um seinen Standpunkt, der von dem des Arbeitsministers abweichen dürfte, darzulegen. Die Ruhrindustriellen fordern von ihm gebieterisch ihr „Recht“.

Im übrigen vermag in diesem Kampf die Macht des Arbeitsministers. Auch die Justiz ist, wie das Duisburger Urteil zeigt, ein sehr reales Bild der wirklichen Verfassung des Staates. Gewisse Willen will die letzte richterliche Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts möglichst schnell herbeiführen lassen. Inzwischen aber gilt es, praktische Arbeit zu leisten. Diese bewegt sich nach doppelter Richtung hin. Der sozialdemokratische Gesetzentwurf ist bekannt, er fordert schnelle finanzielle Hilfe für die Opfer des Kampfes. Das Zentrum verlangt Abänderung des Schiedsgerichtsverfahrens, dergestalt, daß Schiedspräsident eine stärkere rechtliche Bindung erlangen. Diese Fragen dürften jetzt, während des Kampfes, keine endgültige Lösung finden, aber die Unterstufungsfrage ist so brennender Natur, daß ein Aufschub unübersehbare Folgen zeitigen kann. Zu dem Vorstoß der sozialdemokratischen Fraktion hat die Regierung noch nicht Stellung genommen. Jedenfalls hat der Arbeitsminister zugesichert, daß Hilfe schnellstens erfolgen soll, damit zuletzt nicht die Finanzkraft der Gemeinden dem Diktat der aussperrungswilligen Unternehmer erliegt. Auf alle Fälle muß das Reich gehörig in den Säckel greifen. Damit verzögert sich das Loth im kommenden Etat. Die Steuerfrage wird damit um so schwieriger. So wollen das die Herren über Eisen und Stahl. Sie schlagen „wirtschaftlich tot, was politisch geschaffen wurde“ und demonstrieren auch dem koalitionsfreudigsten Zeitgenossen: Mit der großen Koalition allein ist nichts getan ...

Völker wider ihren Willen aneinander fettete, mit der Demokratie unvereinbar war. Adler hat den Kampf um die Demokratie in dem Glauben geführt, die Demokratie könne das alte Oesterreich umgestalten, modernisieren; in Wirklichkeit mußte sie es sprengen. Darum war jeder der demokratischen Siege, die die Partei unter Adlers Führung erkämpfte, ein Ferment der Zersetzung, der Auflösung der Habsburgermonarchie. Darum folgte jedem dieser Siege zunächst schmerzliche Enttäuschung. Welche Hoffnungen setzten die Arbeitermassen auf die Volksvertretung, als sie 1897 nach langem Wahlrechtskampf eine Bresche in die Privilegien schlugen! Die erste Wirkung war der Beginn der Ära der zerstörenden nationalen Obstruktion! Welche Hoffnungen setzten die Arbeitermassen gar erst 1907 auf das „Volksparlament“! Die Wirkung war jener Prozeß der Auflösung, der Zersetzung des Staates, der schließlich in der Katastrophe des Krieges endete! Und wenn schließlich, in den letzten Tagen seines Lebens, die Partei ihr nächstes politisches Ziel erreichte, die demokratische Republik erkämpfte konnte, so konnte sie es nur erkämpfen nach viereinhalbjährigem Krieg, auf den Trümmern des Reiches, in einem Ländchen, dessen wirtschaftliche Daseinsgrundlagen durch die Auflösung des Reiches zerstört waren, in furchtbarstem wirtschaftlichem Elend, in drückender Abhängigkeit von den Siegermächten!

Aber so tragisch dieses Leben erscheint, solange man es als das Leben eines österreichischen Demokraten betrachtet, so vollständig schwindet diese Tragik, wenn man Adler als das betrachtet, was er war: als den Erwecker, Erzieher, Organisator der Arbeiterklasse. Es war der Lieblingsgedanke Adlers, den er seit Hainfeld immer wieder wiederholt hat: jeder Erfolg der Partei sei danach zu werten, was er für die Erhaltung und Entwicklung der physischen und der geistigen Kampffähigkeit der Arbeiterklasse bedeutet. An diesem Lieblingsgedanken Adlers meißelt Adlers Lebenswerk! Die Demokratisierung des alten Oesterreich konnte es freilich nicht retten und nicht modernisieren. Aber jeder dieser Kämpfe um die Demokratie, jeder Sieg, der in diesen Kämpfen errungen wurde, hat das Aktionsfeld der Partei und der Gewerkschaften ungeheuer erweitert, hat breite Massen geweckt, ihre Organisation ermöglicht und sie damit zu erfolgreichen Kämpfen um die Hebung der Löhne, um die Besserung der Arbeitszeit, um die wirtschaftliche und damit auch die hygienische und die kulturelle Hebung ihrer Lebenshaltung befähigt, jeden Erfolg in diesen Kämpfen um die Demokratie, jedes Stück verstärkten Einflusses der Partei hat Adler dem Ausbau der Arbeiterklasse dienlich gemacht, jeder dieser Kämpfe um die Demokratie und jeder Sieg in diesen Kämpfen hat vor allem das Selbstbewußtsein, das Kraftbewußtsein der Arbeiterklasse gestärkt, ihr politisches Verständnis erweitert, ihr Vertrauen zu ihrer Partei gefestigt, ihre geistige Kampffähigkeit vergrößert. Welcher Weg von den kleinen, haberdenden, von anarchistischen Träumereien erfüllten Arbeitergruppen der achtziger Jahre bis zu der Arbeiterschaft von 1918/19, die unter den schwierigsten Bedingungen, in einer Zeit der Hungersnot, einer Zeit der Kriegs- und Revolutionslebensbedingungen, einzig, diszipliniert, in nüchternem Wirklichkeitsinn jede Versuchung gefährlicher Romantik überwindend, die junge Republik aufgerichtet, sich eine neue Arbeitsverfassung erobert, sich breite Stätten fruchtbarer Wirksamkeit in Gemeinden und Ländern errungen hat! Diese gewaltige wirtschaftliche und soziale, körperliche und geistige Entwicklung der Arbeiterklasse, das ist das große Ergebnis der Lebensart Viktor Adlers. Das ist das eigentliche Resultat seiner Kämpfe um die Demokratie. So hat Adler selbst das Werk seines Lebens gesehen. Es ist eine Mahnung, die er im Gespräch oft und gern wiederholte: Nie vergessen, daß die Partei mit allen ihren politischen Kämpfen nicht Selbstzweck ist, sondern ein Werkzeug, ein Instrument nur der Arbeiterklasse!

Hindenburg und der Panzerkreuzer

In dem Kampfe um den Panzerkreuzer ist schon vor Monaten darauf hingewiesen worden, daß sich der Reichspräsident sehr stark für den Bau interessiere. Nachdem der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingereicht worden ist und mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß er eventuell Annahme findet, ist mitgeteilt worden, daß Hindenburg für diesen Fall mit der Auflösung des Reichstages gedroht habe. Die Sozialdemokratie braucht sich vor dieser Drohung wirklich nicht zu fürchten. Aber es ist ein anderes, ob dem Reichspräsidenten, selbst wenn er Hindenburg heißt und einen Krieg bis zu der katastrophalen Niederlage geführt hat, die wir alle kennen, innerhalb der ihm durch die Verfassung zugewiesenen Aufgaben das Recht zusteht, ähnliche Aussetzungen auszusprechen. Diese Frage drängt sich um so mehr in den Vordergrund, als ja bekannt ist, daß Hindenburg etwas derartiges nicht zum ersten Male versucht hat. Wir erinnern nur daran, daß vor der Bildung der Bürgerblockregierung Hindenburg ganz offen und eindeutig erklärt hat, er werde kein Kabinett ernennen, dem Sozialdemokraten als Minister angehören. Wir wissen nicht, ob Hindenburg damals in der entsprechenden Form zurückgewiesen worden ist. Wahrscheinlich nicht, denn er hat einige Zeit später eine neue Leistung vollbracht, für die die verfassungsmäßige Grundlage wohl erst noch zu suchen ist. Bekanntlich hat die Sozialdemokratische Partei schon oft die Forderung nach einem Ausführgesetz zu Artikel 48 der Reichsverfassung erhoben. Ein durchaus verfassungsmäßiges Begehren! Aber der Reichspräsident will nichts davon wissen. Und so hat er ein Schreiben verfaßt oder wenigstens seinen Namen darunter gesetzt und dann abgeschrieben, in dem kategorisch erklärt wird, daß er ein solches Ausführgesetz nicht zulassen wird. Dieses Schreiben existiert. Es kann also nicht geleugnet oder demittiert werden, wie es das Berliner Tageblatt jetzt mit den Äußerungen Hindenburgs in der Panzerkreuzerangelegenheit tut.

Es wäre sicher nützlich, wenn die „Verfassungsparteien“ im Reichstag einmal öffentlich über diese Dinge reden würden. Rückfragen auf den „treuesten Hüter der Verfassung“ sollten das wirklich nicht verhindern.

Gemeindewahlen in Mecklenburg

Niederlage der Kommunisten

Am Sonntag haben in Mecklenburg-Schwerin mit Ausnahme der amtsfreien Städte die Wahlen zu den lokalen Selbstverwaltungsorganen stattgefunden. Nach den bisher vorliegenden vorläufigen Wahlergebnissen ist, laut Vorkämpfer Zeitung, keine wesentliche Verschiebung in der Mandatsverteilung eingetreten. Die Sozialdemokraten haben ihren starken Besitzstand behauptet, teilweise auch etwas erweitert. Auch die bürgerlichen Gruppen behaupteten ihren Bestand. Dagegen werden die Kommunisten kaum die Hälfte ihrer Mandate behalten.

Am Grabe des Führers

SPD Wien, 12. November.

In Oesterreich wurde am Montag der Jahrestag der Republik feierlich begangen. Vormittags veranstaltete die österreichische Sozialdemokratie an dem Grabe Viktor Adlers eine Gedenkfeier, an der für die Internationale Stanning-Ropenhagen teilnahm. Nachmittags folgte eine große Demonstration der Arbeiter auf der Ringstraße, die in einem Vorbeimarsch an dem neuen Denkmal der Republik gipfelte. Das Denkmal, das von dem Bürgermeister Selb in die Obhut der Gemeinde Wien übernommen wurde, ist von der Partei, den Gewerkschaften und Genossenschaften errichtet worden. Zum Schluß der Demonstration feierte Hermann Adler im Namen der Internationale als einen Führer nicht nur der österreichischen, sondern auch der internationalen Arbeiterschaft.

Neue Regierungen

Die Regierungskrise in Frankreich hat die Lösung gefunden, die hier nach dem Rücktritt Poincarés als die wahrscheinlichste bezeichnet wurde. Allen Illusionen und Kombinationen zum Trotz ist Poincaré als Ministerpräsident wieder zurückgekehrt. Nicht als Chef einer Linkscoalition oder gar eines Linkskartells, sondern als der Führer einer Regierung, die einen kaum verhüllten reaktionären Charakter trägt. Poincaré hat sich, nachdem er zurückgetreten war und den Auftrag zur Neubildung eines Kabinetts erhalten hatte, auch mit radikalsozialistischen Politikern in Verbindung gesetzt, um sie wieder zur Übernahme von Ministerposten zu bewegen. Er mag dabei die Hoffnung gehabt haben, daß es ihm gelingt, dadurch eine Abspaltung einer Gruppe von dieser Partei herbeizuführen. Aber die von ihm gefragten Radikalsozialisten haben abgelehnt; ein Zusammenstoßen der nationalen Einheit war also nicht möglich.

Das Kabinett, das jetzt regiert, wird sich voraussichtlich auf eine Mehrheit stützen, die der sehr ähnlich ist, die bis 1924 unter der Firma Nationaler Block regierte. Nachdem die Radikalsozialisten wegen der Weigerung Poincarés, eine Politik einzuschlagen, die die vom radikalsozialistischen Parteitag beschlossenen Forderungen berücksichtigt, es abgelehnt haben, in die Regierung einzutreten, würden sie ihre politische Stellung kaum stärken, wenn sie sich jetzt zur Mehrheit dieser Regierung schlagen würden. Es ist also zu erwarten, daß sie in die Opposition gehen. Für die Kammerfraktion der Sozialistischen Partei ist das keine Frage. Für sie ist der Kampf gegen dieses Kabinett Poincaré eine politische Pflicht. Hat sie doch schon in den letzten zweieinhalb Jahren, in denen Poincaré mit Unterstützung der Radikalsozialisten regierte, in Opposition gestanden. Phantasien darüber, daß der Ministerpräsident in den letzten Jahren eine Linksentwicklung durchgemacht habe, werden sie um so weniger zu einer Veränderung ihrer Taktik bewegen können, als der reaktionäre Einfluß in dem neuen Kabinett besonders dadurch unterstrichen wurde, daß Tardieu zum Innenminister ernannt worden ist. Die Arbeiterschaft Frankreichs wird sich wahrscheinlich darauf vorbereiten müssen, daß die Verfolgungen durch die Polizei und die unerhörten Klassenurteile nicht mehr nur vorwiegend die Kommunisten treffen.

Poincaré steht die Hauptaufgabe seiner neuen Regierung in der Herbeiführung der Lösung des Reparationsproblems, für die Voraussetzung die Regelung der Schuldenfrage zwischen den Alliierten, besonders Frankreichs mit den Vereinigten Staaten, ist. Dabei wie auch bei den weiteren außenpolitischen Auseinandersetzungen wird sich zeigen, daß auch eine Regierung mit verstärktem reaktionärem Einschlag keine andre als eine sogenannte Verständigungspolitik treiben kann. Freilich kommt da nur eine Verständigungspolitik der Kapitalisten heraus, deren Kosten die arbeitende Klasse tragen muß, und die solange nicht den Frieden verbürgt, solange nicht eine starke sozialistische Bewegung handelnd als Garant des Friedens in die Weltpolitik eingreift.

Rumänien hat die Herrschaft der Bratianus abgegeschüttelt. Nach dem Rücktritt ihrer letzten Regierung ist zunächst versucht worden, ein sogenanntes Konzentrationskabinett zu bilden, das wohl nach den Spekulationen des gestürzten Ministerpräsidenten Bratianu das Sprungbrett zur abermaligen Übernahme der Macht sein sollte. Dieses Konzentrationskabinett ist jedoch gescheitert, und nach gelangenen Verhandlungen hat der Führer der nationalen Bauernpartei, Maniu, die Ministerpräsidentschaft übernommen. Damit scheint rein äußerlich jene große politische Bewegung zum Erfolge geführt zu haben, die Anfang Mai dieses Jahres ihren Höhepunkt erreichte. Damals zogen einige zehntausende Bauern und Arbeiter aus dem ganzen Lande nach Alba Julia, um für den Sturz der Regierung zu demonstrieren. Diese gewaltige Demonstration verlief damals eigentlich im Sande. Die Bauern und Arbeiter waren zwar erschienen, und es sollte auch zu einem Marsch nach Bukarest kommen, der wahrscheinlich eine Fortsetzung der bis dahin friedlichen Demonstration mit den Mitteln der Gewalt bedeutet hätte. Die bürgerlichen Führer der nationalen Bauernpartei, allen voran der jetzige Ministerpräsident Maniu, machten diesen Marsch unmöglich. Die Aktion verzettelte sich, einzelne Trupps kamen nach Bukarest, zu gleicher Zeit, in der andere schon wieder daheim waren. Die Regierung Bratianu machte sich lustig über die Bauern und schien nicht geneigt zu sein, die Drohungen und Forderungen irgendwie ernst zu nehmen.

In den sechs Monaten, die seit jenen Mattagen vergangen sind, hat sich jedoch die innerpolitische und vor allem die finanzielle Lage Rumäniens nicht gebessert. Und es scheinen vor allem Ermüdungen, die die finanzielle Not Rumäniens diktiert, zu sein, die jetzt den Regenschicksal veranlaßt haben, Bratianu davonzujagen. Den Gläubigern der für Rumänien unentbehrlichen Anleihe scheint seine Diktatur keine genügende Sicherung des abzuschließenden Geschäftes zu sein. Sie meinen wohl, daß eine Regierung, die sich auf die große Mehrheit des Volkes und vor allem auch der ökonomisch wichtigsten Schicht des Landes stützt, diese Sicherungen viel eher geben kann. Darum muß jetzt die Diktatur der wucherischen und korrupten Finanzoligarchie einem demokratischen Regime der nationalen Bauernpartei weichen.

Es kann dieser Regierungswechsel der Anfang einer politischen Revolution in Rumänien sein. Bisher wurde Rumänien politisch beherrscht von einer Clique Finanzkapitalisten und Feudalherren, die mit ihrer Korruption das Land all die Jahre hindurch hart am Abgrund gehalten hat. Jetzt wird sie abgelöst von der Partei, die sich auf die ökonomisch ausschlaggebenden Kräfte im Lande stützt. Das Gros stellen die Bauern, aber auch die Intellektuellen und ein Teil Arbeiter gehören zu ihr. Im Kampfe der Klassen ist somit in Rumänien ein geschichtlich bedeutungsvoller Schritt getan. Aber der Kampf geht weiter. Maniu selbst ist ein Intellektueller, der nicht nur Monarchist ist, sondern auch fest auf dem Boden des kapitalistischen Wirtschaftssystems steht. Wenn er die Regierung nur unter der Bedingung übernommen hat, daß sofort Parlamentsneuwahlen ausgeschrieben und die Demokratie eingeführt wird, so wird die noch kleine und einflusslose Arbeiterklasse des Landes bald merken, daß Maniu alles andere, nur kein Freund ihres Kampfes und ihrer Sache ist. Und wie vorher die Finanzoligarchie die anderen Klassen unterdrückte, so wird in dem sich neu bildenden Rumänien unter dem demokratischen Regime der nationalen Bauernpartei, das sind die Bauern, die junge Bourgeoisie und die Intellektuellen, die Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gehemmt werden, auch mit den Mitteln der Gewalt.

Sofort Rumäniens Arbeiter den politischen Kurswechsel begrüßen, und ihn gegen etwaige Anschläge der Machthaber von gestern verteidigen müssen, ebenso dringend ist die Klarheit nötig, daß sie die gewonnene Demokratie benutzen müssen, um sich als Klasse zu organisieren und als Klasse den Kampf zu führen, um ihre Forderungen und ihre Ziele durchzusetzen.

Untergang eines Ozeandampfers

Die Suche nach den Rettungsbooten Erst zwei gefunden

III New York, 12. November.

Der 10 000-Tonnen-Dampfer Vestris befindet sich 100 Meilen von der Küste von Virginia bei schwerer See in großer Gefahr. Die Gründe sind bisher noch unbekannt. Nach den letzten Meldungen mühten die 200 Passagiere die Rettungsboote bestiegen; da sich das Schiff bereits auf die Seite legte, von allen Seiten begaben sich Dampfer zur Unfallstelle. Das Marine-Departement in Washington gab dem Oberbefehlshaber der amerikanischen Marine den Befehl, alles aufzubieten, um dem sinkenden Schiff zu Hilfe zu eilen.

III London, 12. November.

Wie ergänzend gemeldet wird, handelt es sich bei dem in See-Not befindlichen Dampfer Vestris um ein britisches Schiff, das von New York nach Rio de Janeiro unterwegs war und 62 Reisende 1. Klasse, 19 Reisende 2. und 45 3. Klasse außer der Besatzung an Bord hat. Neben dem englischen Dampfer Newton und dem japanischen Dampfer Ohio Maru hat das amerikanische Marine-Departement vier Küstenschutzkreuzer und sechs Patrouillenboote zur Hilfeleistung entsandt. Die Passagiere haben inzwischen die Rettungsboote bestiegen. Nur der Kapitän und einige Reisende befinden sich noch an Bord des Dampfers, der sich jeden Augenblick zu über-schlagen droht.

*

III New York, 13. November.

Die Stelle, an der sich der Untergang des Dampfers Vestris ereignet hat, wird von 5 Dampfern, darunter das Schlachtschiff Wyoming, abgesehen. Weitere 15 Dampfer befinden sich auf dem Wege zur Unfallstelle. Die Dampfer, die das Meer mit Schein-

werfern ablichten, berichten über starken Wind bei hohem Seegang. In den Passagierlisten des gesunkenen Schiffes ist ein Reichsdeutscher Herrmann Küster, jedoch ohne Nennung des Heimortes, erwähnt.

Nach dem Funkpruch sah ein amerikanischer Dampfer unter 37,19 Grad nördlicher Breite und 70,38 westlicher Länge auf dem Wasser flackerndes rotes Licht. Bald darauf gelang es ihm, das Rettungsboot des Dampfers Vestris, von dem das Licht ausging, anzunehmen.

Ein Funkpruch besagt, daß der französische Landdampfer Myriam ein weiteres Rettungsboot der Vestris aufgenommen hat.

Noch vier gesunkene Schiffe

SPD Berlin, 13. November (Radio).

Im Schwarzen Meer ist der südlawische Dampfer Tscherna Mota gesunken. Die Besatzung von 60 Mann ist ertrunken.

*

Auf dem Gelben Meer ist nach einer Meldung aus Peking das chinesische Schiff Wen-Ku mit einer Besatzung von 42 Mann untergegangen.

*

Im Hafen von Diago (Neuseeland) kenterte eine Segeljacht. Von sieben Insassen wurden 6 gerettet.

*

Der Schaner „Jakob William Haaf“ ist etwa 150 Meilen südlich vom Kap Hatteras gesunken. Der Dampfer „Huron“ rettete drei Matrosen und den Koch. Ueber das Schicksal des Kapitäns und der restlichen Besatzung von wahrscheinlich 18 Köpfen liegen keine Berichte vor. Sie sind anscheinend ertrunken.

Warnruf eines Sowjetblattes

Kulakenrevolten in Rußland

SPD Berlin, 13. November. (Radio.)

Die Iswestija veröffentlicht einen aussehenerregenden Artikel, nach dem ihr aus verschiedenen Teilen der Sowjetunion Nachrichten über selbstständiges Vorgehen und zunehmende Grausamkeiten der Kulaken (Großbauern), der wohlhabenden Bauern, zugegangen sind. Die Morde an den kommunistischen Dorfkorrespondenten würden häufiger, Worbanschlüsse würden auf Dorfschullehrer und andere Organe der sozialen Arbeit, auf Männer und Frauen unternommen. Die Dorfbibliotheken und Sowjetbüros würden von den Kulaken niedergebrannt.

Diesen tatsächlichen Mitteilungen fügt die Iswestija die Bemerkung hinzu, daß die Kulaken von einem wilden Oppositionsgeist gegen alle von der kommunistischen Partei und der Sowjetregierung ergriffenen Maßnahmen erfüllt seien und daß daher noch vor den Sowjetwahlen im lokalen Regierungsapparat, der sich in vielen Fällen im Bunde mit den Kulaken befindet, gründlich aufgeräumt werden müsse.

Einen wie großen Anlauf die Opposition der Bauern gegen die Sowjetregierung angenommen hat, geht daraus hervor, daß sich die Iswestija bezogen steht, in derselben Nummer, in der sie diesen Artikel veröffentlicht, eine Reihe von Telegrammen abgedruckt, in denen von Revolten der Bauern gegen dieselben berichtet wird, die sie dem Steuerentnehmer und Getreideeintreiber überließen oder durch die Beschlagnahme ihrer Felder unterstützt. Allen in den Telegrammen, die in der Iswestija veröffentlicht werden, wird über sieben Morde und vier Worbanschlüsse, von denen mehrere in öffentlichen Versammlungen oder in den Verwaltungsbüros der Sowjets ausgeführt wurden, berichtet. Die Liste der Getöteten enthält u. a. vier Vorjünglinge und einen Schriftführer der örtlichen Sowjets. In anderen Fällen haben sich die Dorfschullehrer geweigert, gegen die Kulaken vorzugehen. In einem Fall war der Sowjetvorstand der Anführer bei der Niederbrennung des Hauses des Dorfkorrespondenten, dessen denunzierender Brief von den Bauern abgefangen worden war.

Die Meldungen über diese Vorgänge stammen aus der Ukraine, Smolensk und Wladimir, Jaroslaw, Samara und Stalingrad an der oberen, mittleren und unteren Wolga, Kozlow am Don, Perm und Ufa im Ural, Komi-Sibirsk und Irkutsk in Sibirien, also aus allen Teilen Rußlands.

Eine Rüstungsrede

Die Vereinigten Staaten benötigen eine starke Kriegeslotte

III London, 12. November.

Präsident Coolidge hielt gestern anlässlich des zehnten Jahrestages des Waffenstillstandes vor der amerikanischen Region eine große Rede, die von allen drahtlosen Stationen des Landes verbreitet wurde. Coolidge behandelte ausführlich das englisch-französische Flottenabkommen und die Schuldenfrage. Es werde manchmal so hingestellt, so erklärte Coolidge, als ob die Vereinigten Staaten aus dem Kriege Profit zu schlagen suchten. Nichts könnte von der Wahrheit weiter entfernt sein, als diese Behauptung. Es sei wahrscheinlich, daß die endgültigen Kosten am Kriege etwa 400 Milliarden Mark oder etwa die Hälfte des Wohlstandes des Landes ausmachten. Amerika benötige keine starke Landstreitkraft, aber wenn es sich keine Stellung zur See vergegenwärtige, müsse es zu anderen Schlussfolgerungen kommen. Die Vereinigten Staaten benötigten große Schiffe und seien berechtigt, für den Schutz ihrer Handelsflotte Kreuzer zu besitzen, die mit Geschützen über 15 Zentimeter Stärke hinaus bewaffnet werden müßten. Wenn die gegenwärtigen Flottenbaupläne durchgeführt seien, werde Großbritannien im ganzen 68 Kreuzer besitzen, Amerika dagegen nur 40. Es sei offensichtlich, daß, wenn die amerikanische Gleichberechtigung zur See in die Praxis umgewandelt werde, Amerika weitere Kreuzer zugehen werden müßten. Auf der Genser Flottenkonferenz habe Amerika den Eindruck gewonnen, daß die Forderungen Großbritanniens nicht auf eine Begrenzung, sondern auf eine Ausdehnung der Flotte hinausliefen. Was den englisch-französischen Pakt anlangt, so hätten die Vereinigten Staaten es ablehnen müssen, den darin enthaltenen Anregungen zu folgen. Wenn die amerikanische Regierung diesem Abkommen beigetreten wäre, dann würde die französische Armee und die englische Flotte nahezu unbegrenzt sein; der Grundsatz der Abrüstung zu Lande und zur See würde vollkommen aufgegeben sein. Coolidge wies weiter darauf hin, daß die Nationen auf dem Wege der Rüstungsbegrenzung bereits viel geleistet hätten und auf dem Wege zum Völkerverbund weitere Erfolge wahrscheinlich seien.

Auf die Schuldenfrage übergehend betonte der Präsident, daß die Vereinigten Staaten auf der Rückzahlung der Schulden bestehen müßten. Wenn es gelingen würde, eine Verstärkung des guten Willens in dieser Frage zu erreichen und in Gemeinschaft mit einer weiteren Begrenzung der Rüstungen die gegenseitige Ausgleichsbereitschaft zu verstärken, dann würde der Fortschritt in Europa in hohem Maße gesichert sein.

Der Gläubiger fordert Geschäfte

III New York, 12. November.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen vor der amerikanischen Region erklärte Präsident Coolidge u. a., die europäische Kritik über Amerikas Pflichten sei abwegig. Amerika habe versucht, seine Pflichten zu erfüllen. Kein einsichtiger Mensch werde es den Amerikanern verdenken können, wenn sie sich nicht in Angelegenheiten einmischten, die ganz andere angehen, oder daß sie, wenn sie um Hilfe angegangen wurden, Bedingungen nannten. Das amerikanische Volk habe Deutschland 110 Dollar-Millionen geliehen, um den Reparationsplan unerschütterlich in Gang zu bringen. Deutschland habe seit 1924 etwa 1,8 Milliarden Dollar Reparationen gezahlt. Amerika habe dem deutschen Reich, den deutschen Ländern, Gemeinden und Privatgesellschaften etwas mehr als 1,1 Milliarden Dollar geliehen. Es könne nicht behauptet werden, daß dieses Geld die einzige Quelle war, aus der die Reparationen bezahlt wurden; es müsse aber jedenfalls ein bedeutender Faktor für die Wiederherstellung der deutschen Zahlungsfähigkeit gewesen sein. England gebe beträchtliche Anleihen aus Ausland, während Frankreich weitgehende Kredite außerhalb seiner Grenzen bestimme. Beide Länder machten große Ausgaben für militärische Zwecke. Europa als Ganzes habe einen solchen Stand finanzieller Stabilität erreicht, daß man von Amerika nicht länger Hilfe erwarten könne, es sei denn auf rein geschäftlicher Grundlage. Die Bedürfnisse des amerikanischen Volkes verlangten, daß die Begebung weiterer Anleihen an das Ausland sorgfältig geprüft werde. Amerika werde es begrüßen, wenn alle Schulden beglichen würden.

Die Mehrheit für Baldwin

III Berlin, 13. November.

Die Berliner Blätter aus London melden, wurde am Montagabend der Ergänzungsantrag der Arbeiterpartei zur Thronrede, der das Verlangen der Regierung gegenüber der Arbeitslosigkeit tabelte, mit 321 gegen 155 Stimmen abgelehnt.

Wiener-Münch-Prozess

In der Verhandlung vom 12. November wurden die Vorgänge bei dem Prozeß K a m m e r — W e i ß behandelt; Meyer soll mehrere Male die Geleiste, Münch ihn dazu veranlaßt und ihm geholfen haben. Beide Angeklagten bestreiten entschieden das ihnen zur Last gelegte Verbrechen. Münch erklärt ausführlich, daß es dem Gericht damals nicht auf eine Aufklärung über die Herkunft der 125 000 Mark ankam, die Weiß als Teilhaber der Deutschen Baummaschinen-Gesellschaft eingelegt hatte, als vielmehr darauf, ob Weiß Angaben, er sei in einem Großbetriebe ersten Ranges als Produzent tätig und mit der selbstständigen Erledigung wichtiger Geschäfte beauftragt gewesen, den Tatsachen entspreche. Zum Beweis verliest Münch einige Stellen aus der einstweiligen Verfügung, die damals ergangen ist, und als der Staatsanwalt Dr. Renz die Darstellung Münchs anzeigt, tragen dessen Rechtsbeistand sowie der Vorsitzende noch verschiedene aus der Urteilsbegündung des Hamburger Oberlandesgerichts vor. Dort heißt es freilich auch, daß die „Herkunft der Weißschen Einlage nicht interessiert“! Pecunia non olet!

Sodann wird der Ingenieur K a m m e r als Zeuge vernommen; seine Bekundungen decken sich im wesentlichen mit den Angaben Münchs und Meyers. Er weiß nicht, ob in seinem Prozeß gegen Weiß über den Ursprung der 125 000 Mark gesprochen worden ist, hält es jedoch für unwahrscheinlich; denn andernfalls hätte er die Sache weiter verfolgt. Allerdings habe er nie geglaubt, daß das Geld Weiß von einem Darlehen herkam; infolgedessen sei er von Meyers Aussage sehr enttäuscht gewesen. Er vermochte sich nicht vorzustellen, daß Meyer, der doch selber Teilhaber der Gesellschaft war, einem anderen Geld leih, um gleichfalls in die Gesellschaft einzutreten.

Da der Richter, der in dem Kammer-Weiß-Prozess als Vorsitzender tätig war, inzwischen verstorben ist, läßt sich die Frage, ob Meyer damals einen Meineid geleistet hat, nur schwer aufklären. Vorläufig ist ihm das jedenfalls nicht nachgewiesen. rh.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Kurt Günther in Leipzig.
Verantwortlich für den Inhaltsteil: Hugo Sepp in Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchverlag Wittenbergische Buchdruckerei, Leipzig.

Erreotogen für Männer anregend und kräftigend für das exualnerve system bei vorzeitige, Erschlaffung, Postrversund. 17
Allein echt: König-Salomo-Apotheke, Grimmische Straße

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Heute Dienstag Kaffeestunde der Leipziger Hausfrau im Zoo

verbunden mit großer hauswirtschaftlicher Ausstellung und Probenverteilung
Beginn nachmittags 1/2 3 und abends 8 Uhr

Neues Theater.
Singspiel: **Die Bohème**
Schauspiel: **Die Bohème**
Schauspiel: **Die Bohème**

VOLKSHAUS
Morgen Mittwoch im Ca. 6, 1. Etage
Familien-Abend
Musikdirektor Gustav Schütze mit dem gut gelohnten Kammer-Orchester

Aufklärung!
An die Hausfrauen!
Herrn Otto Rodstroh,
Leipziger, Grohmannstraße 12, I. Lager: Hildebrandstr. 9

Friedr. Grodzinski
Petersstraße 30, I.
Qualitäts-Möbel
Ausstattungen
Einzelmöbel
Küchen
Polstermöbel
Matratzen
Eisenmöbel
Federbetten
Dackel
Sprechapparate
Tappete
Mit und ohne Anzahlung
Vielmonatigen Kredit
Friedr. Grodzinski
Petersstraße 30, I.

Schauspielhaus.
Schauspiel: **Keinen aus Irland**
Schauspiel: **Keinen aus Irland**

Neues Operettentheater
Tel. 22484 - Dir. Dr. V. Eckert.
Täglich 8 Uhr:
Das Dreimäderlhaus
Schubert: Anton Maria Topitz & G.
Morgen Mittwoch und Sonnabend nachmittags 4 Uhr
Große Kinder-Vorstellung
30 Pfg. bis 1.80 Mk.
Hänsel und Gretel
Vorverkauf von 10 bis 1/2, und ab 5 Uhr
Ziehern Sie sich im Vorverkauf gute Plätze!

Altes Theater.
Richard-Wagner-Opus
Schauspiel: **Die Walküre**
Schauspiel: **Die Walküre**

Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut (Kunststelle)
Sonntag, den 25. November, 11 Uhr, in der Albertshalle: **2. Sinfoniekonzert**
Kunststelle: **2. Sinfoniekonzert**

Reichardt-Feinfabrikate
Kakaos, Schokoladen, Pralinen
werden von mir ständig vorrätig gehalten und zu den von der Fabrik festgesetzten Originalpreisen in jeder Menge abgegeben.
Um die noch fernstehenden Kreise von der hervorragenden Güte der Reichardt-Feinfabrikate zu überzeugen, werde ich von sofort bis 15. Novbr. jedem Interessenten **eine Tasse Reichardt-Feinkakao kostenlos** verabfolgen. Ich bitte, von dieser Gelegenheit, das köstlichste Familiengetränk kennenzulernen, zahlreich Gebrauch zu machen.
Emil Spieler
Leipzig-Kleinzschocher, Dieskaustraße 2.

Stellenangebote

Wir suchen
Schwerbeschädigten
Geber
als Abzieher und
Aufräumer für
Akzidenzbetrieb
● Offerten mit Zeugnissen unter P. 92 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Tauchaer Straße 19/21

Leinen- und Baumwoll-Druckerei
in Holland
sucht einen
Farbküchenmeister
bekannt mit den neuesten Verfahren in Hand- und Spritzdruckerei.
Berwerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften u. möglichem Eintrittstermin unter Chiffre **A. M. E. 805** bei N. V. Rudolf Mosse, Amsterdam.

S. Seidel-Sänger
Singspiele
Thomaskirchhof 16, Telefon 26588
Täglich abends 8 Uhr
Seidel-Sänger
Der neue Spielplan
Nur noch einige Tage!
Das beliebte **S. S. S.-Trio**
Lachen von Anfang bis Ende!
Leipzig's lustigster Spielplan

Modernes U.T. Kleinzschocher
Dieskaustraße 79
Das Zwei-Schlager-Programm
Ein fesselndes Filmwerk!
Der Herzensphotograph
In der Hauptrolle
Harry Liedtke
8 Akte Dazu: 8 Akte
Zwei Welten
Der Kampf um die Scholle
Ein dramatischer Film von außerordentlicher Wirkung in 7 Akten

Reichsverband Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer Ortsgr. Leipzig
Mittwoch, den 14. November, abds. 8 Uhr, Stadt-Kaufhausaal
1. Konzert
„Unbekannte Werke aus klassischer Zeit“
Mitwirkende: **Meta Jungsteinbrück** (Gesang); **Prof. Julius Klengel** (Cello); **Dr. Wilhelm Jung** (Klavierbegl.); **Leipziger Gambenquartett** (Hanns Schork, Rich. Laube, Albert Kludt, Berthold Helme); **Oskar Springfeld** (Klavier); **Clara Winter** (Klavierbegleitung)
Konzertführer: **Jul. Büchner**
Näheres siehe Plakate!
Karten bei **Althoff u. Jost** Vorverkauf für Mitglieder nur **Geschäftsstelle**, Gustav-Adolf-Straße 3

Gute Bücher kaufen Sie
in der **Leipziger Buchdruckerei**
Ulbr. Buchhandlung, Tauchaer Straße 18/21

Pelze
auf Tellaahluna - gleiche Preise - wie bei Bargzahlung
Eigene Fabrikation
Große Auswahl
Werner Fiederich
Rifolafstraße 2, nur 1. Etage, Ecke
Grimmstraße
(gegenüber Eulin)

Möbel
in großer Auswahl zu billigen Preisen auch gegen Teilzahlung
Wiederholung
S. Wrzesinski
Alteisen, Dieskaustr. 34
St. Weg, der reichl. lohnt

Kaufgesuche
Gold, Silber, Brillant, Gebraucht
kauft Hans Dünkel
Pramenadenstraße 25

Diverses
Ihr Anzug wird „wie neu“ gereinigt u. gebügelt f. 4,50, Abhol. u. Ausf. frei. Voll genügt an Reinmaun „Undine“ L. Dölitz, Durohardstr. 5

Verkäufe
Prima Speisekartoffeln
Zentner 4,20 Mk., gelb und weiß handverlesen.
Liefere pommerische Güter ab Leipzig in jeder Menge, eventuell geladelt, direkt an Verbraucher. Anfragen mit Mengenangabe unter D. 91 an die Expedition dieses Blattes, Tauchaer Straße 19/21.

Auf Kredit Sofas
Chiffelung.
mit 3 Mark Anzahlung
Hilf-Verz.-Frei-Von
Hans Hoffmann
Hofstraße 10, I. Etage

Auf Kredit Schränke
mit 3 Mark Anzahlung
Hilf-Verz.-Frei-Von
Scherbel
Markt 2 (Guthausstraße)

Wohnungen
Tausch: Engelsdorf-Leipzig
Schö. gr. 3-Zimm.-Wohnung, I. Etg. m. Gart., Friedensstr. 320, - 207, in Engelsdorf, gen. möbl. n. d. B., in Leipzig (Werte bis 600,- 307) zu tauschen Angeb. unter **W. A. 448** an Polers, Markt 10, I

Vermietungen
Schlafstelle f. Herrn frei
Abelstraße 22, I. 1.
Freundl. Schlafstelle für 1 Herrn
31. Oberstr. 36, II 1

Gemeinnütziger Verein „Vorwärts“, Leipzig-Gohlis
Sonnabend, den 17. November, 20 Uhr in den Concordia-Schulsaal, Gohlis
Artur Heye der deutsche Abenteurer
(Aus Selbstberlebtem in 4 Weltteilen)
Vierberträge von Margarete Kühner - Ballett, getanzt von Fraulein Hoffmann und Ufert (Solotänzerinnen am Stadttheater)
Karten zu 1.00 Mk. und 0.50 Pfg. bei Dr. Jost und Hahn's Buchhandlung, Unterzitzstraße 5

GO-LI-PA
Lindenthaler Straße 41, Tel. 55868
Werktag 7, 1/2, 9 Uhr, Sonntags 1/2, 8, 1/2 Uhr
Dienstag, den 13. November, bis Donnerstag den 15. November
Der gelbe Paß
Ohne eigene Schuld unter „Kontrolle“ gekommen.
Menschen im Haß.

Lunizze früh und spät
Yüginga = Gabsmäs

Film-Palast
Lindenau, Gundorfer Str. 31
Anfang 1/2 7 und 1/2 9 Uhr
Das tiefgreifende Drama
Die Liebe führte sie durchs Leben
Der beliebte Sensations-Darsteller
William Fairbanks
in **Der Sieger.**

Felzmäntel-Reklame-Wodie
zu enorm herabgesetzten Preisen
Reiche Auswahl auch in Pelzbesätzen
Umarbeitungen - Neuanfertigung
schnell und billig
Fachmännische Bedienung
Margarethe Friedrich
Tauchaer Straße 15-17.

Die gefälschten Sowjetwechsel

SPD Berlin, 12. November.

Die Ermittlungen der Pariser Polizei in der russischen Wechsel-Fälschungsaffäre haben ergeben, daß der erste der inzwischen beschlagnahmten sieben gefälschten Wechsel durch Michael Holzmann in einem Bankier in Paris angeboten worden ist.

Die von ihm ausgefertigten Wechsel bot er zunächst verschiedenen Personen vergeblich an; dann hinterlegte er sie bei dem Pariser Rechtsanwalt Gerard-Cabinet, der der russischen Handelsdelegation in Berlin von der Hinterlegung Mitteilung machte.

Die von ihm ausgefertigten Wechsel bot er zunächst verschiedenen Personen vergeblich an; dann hinterlegte er sie bei dem Pariser Rechtsanwalt Gerard-Cabinet, der der russischen Handelsdelegation in Berlin von der Hinterlegung Mitteilung machte.

Die Verheerung des Lavastromes

LU Rom, 12. November.

Nach dem Bericht, den der Minister für öffentliche Arbeiten über den Ausbruch des Vesuv am Montag im Ministerrat vorlegte, sind bisher 700 Häuser von der Lava zerstört, 5000 Personen obdachlos und gegen 12 000 Hektar bebauete Fläche vernichtet worden.

In der Ausbruchstätigkeit des Vesuv scheint eine Abkühlung eingetreten zu sein, die sich in einem verlangsamten Vordringen der Lava äußert. Doch hat sich die Wucht des gegen das Meer vordringenden Lavastromes noch nicht verringert.

Ein Spritschmuggelprozeß

SPD Hamburg, 13. November (Radio).

In Hamburg hat ein umfangreicher Spritschmuggelprozeß begonnen. Die Anklage richtet sich gegen 56 Personen, die namentlich in den Jahren 1924/25 140 000 Liter Feinsprit, 73 000 Liter Rum und 5000 Liter Arrak im Gesamtwert von 1 200 000 Mark von Hamburger Freihäfen in das Ausland geschmuggelt haben.

Wie eine Revolution kommt!

Zur 10. Jahrestwende der ungarischen Revolution

Miterleb' es und Mitgemachtes

Von Paul Saende.

II.

Die Ereignisse überstürzten sich: Erschütterung der deutschen Linie im Westen, Durchbruch der bulgarischen und türkischen Front, beginnender Zerfall Oesterreichs. In Ungarn macht die alte herrschende Klasse verzweifelte Versuche, die Bildung einer Linksregierung unter Michael Karolvi zu vereiteln.

Die Polizei schließt

Am 20. Oktober 1918 herrschte im Hotel Astoria in Budapest, wo sich das Hauptquartier des Nationalrates befand, große Aufrregung. Eine Abordnung von Polizeioffizieren und Wachleuten kam und meldete in aller Form den Anschluß der Gesamtpolizei an den Nationalrat an.

Sieg, Sieg, — frohlockten die meisten. Viele waren aber in trauriger Stimmung. In dem Kampfe um die Staatsmacht ist der Anschluß der Polizei eine entscheidende Tatsache. Doch war die Budapest'er Polizei in unseren Augen von jeher der Inbegriff aller Misseträter, Verlogenheit und Bestialität.

Es lebe die Polizei!

„Ich glaube, daß in den letzten fünfzig Jahren auf den Straßen Budapests niemals ein solcher Ruf erscholl.“

„Ja,“ sagte ich darauf, „es ist wirklich ekelhaft. Das ist das tragische Dilemma jeder revolutionären Bewegung. Gott behüte uns vor unseren Feinden, mit unseren Feinden werden wir schon leicht fertig werden.“

Die Budapest'er Polizei ist ihrer Vergangenheit auch während der Revolution treu geblieben. Anstatt die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, war sie die Brutstätte der Anarchie, der Verpöndung und der bolschewistischen Wildarbeit.

Die verbödete Kaserne

Zwei Offiziere kamen in höchster Erregung in das Hotel und erzählten, daß in der Ferdinandkaserne in Ofen der Oberst eines bosniantenregiments die ungarischen Soldaten verprügeln und verhaften ließ, auch sei die Gefahr vorhanden, daß sie erschossen werden könnten.

Das Unternehmen war nicht gefährlos. Es geschah zum ersten Male, daß der Nationalrat, das Organ der Revolution, mit dem Militär in Berührung kam. Wie wird diese Begegnung ausfallen? Wird dieser Oberst uns einperrern lassen?

Wir nahmen einen Wagen und fuhren über die Stadt. Die Flut demonstrierender Soldaten wog hin und her, wir kamen nur mit Mühe und Not nach vorwärts. In vielen Auslagen war das Gesicht der sozialistischen Dichterin Jenyo Barnoi.

„Schließ nicht, mein Sohn. Denn ich werde auch dabei sein!“

Endlich gelangten wir in die notwendig besuchte Festung. Der große Ferdinandsplatz, wo die Kaserne lag, schaute vollkommen verwaist aus. Wir gingen zum großen Eingangstor der Kaserne, keine Torwache, kein Schnartrosten. In dem Riesengebäude brannte keine Lampe, wir mußten Zündhölzchen anzünden, um uns irgendwo auszukennen.

Ein junger, ermüdet und trauriger Leutnant kam. „Was wollen die Herren?“

„Wir sind die Abgesandten des Nationalrates und wollen den Herrn Oberst in einer politischen Angelegenheit sprechen.“

Das Wort „politisch“ machte auf ihn einen magischen Eindruck, er wurde lebendig.

„Wenn er noch im Beiseil ist, so werde ich ihn sofort holen.“ Er kam nach zehn Minuten mit dem Obersten zurück.

Wir stellten uns ihm als Abgesandte des Nationalrates vor. „Bitt' schön,“ fragte er, „was ist das, ein Nationalrat?“

„Wie soll man das ihm kurz erklären? Ich hatte eine Idee.“

„Der Nationalrat ist der alleinige Vertreter des ungarischen Volkes, sein Präsident ist der Graf Michael Karolvi.“

Dieser Name leuchtete ihm ein. „So, der Graf Karolvi ist auch dabei? Bitte, meine Herren, was kann ich Ihnen dienen?“

Die Teilnahme eines Grafen schien ihm eine genügende Bürgschaft zu sein.

„Herr Oberst, im Namen des Nationalrates verlangen wir die Freilassung der heute verhafteten ungarischen Soldaten.“

„I wo,“ sagte er im schönsten Armeedeutsch, „ausgeschlossen, hier wurde niemand verhaftet, weder Ungar noch Bosniaken.“

„Mit einem bitteren Lächeln fügte er noch hinzu: „Wen könnten wir überhaupt verhaften? Die Soldaten machen, was sie wollen, sie gehen ein und aus, wir haben nichts mehr dreinzureden.“

„Wir haben auch gehört, daß diese Soldaten furchtbar verprügelt worden sind!“

„Ah, ich weiß schon, um was es sich handelt,“ sagte der Feldwebel, „ich werde sofort die betreffenden Leute holen.“

Er kam mit einigen ungarischen und bosniatischen Soldaten zurück.

Es stellte sich heraus, daß die Nachricht über die Soldatenmishandlungen ein falscher Alarm war. Im Gegenteil, die armen Bosniaken wollten sich zu Mittag in einem Kessel Gulasch kochen.

Zwei übermüdete ungarische Soldaten haben — gelinde gesagt — in den Kessel gespuckt. Die Bosniaken, in ihrer berechtigten Wut, verprügelten sie und sperrten sie dann in einen Sack ein.

„Angehörige dieser Soldaten kamen grad' zu dieser Zeit in die Kaserne, sie konnten aber mit den Uebelthätern nur durch das Gitter sprechen.“

So gelangte dann die Nachricht zum Nationalrat. Die Ungarn haben später die Tür aufgemacht, gingen unbehelligt in die Stadi und kehrten nicht mehr in die Kaserne zurück.

Der Tatbestand war aufgeklärt, wir sprachen dem Herrn Oberst den verbindlichsten Dank des Nationalrates aus. Er wollte uns bis zum Tor begleiten. Der Leutnant mit der rauchenden Lampe ging voran. In der Mitte des Treppenganges blieb der Oberst stehen.

„Meine Herren, Sie sind Politiker, Sie wissen, was bevorsteht. Was wird aus der Monarchie werden? Und was wird aus uns?“

„Große Ummwälzungen stehen bevor,“ war meine geheimnisvolle Antwort.

„Ummwälzungen, schön,“ sagte er darauf, „was soll ich mit diesen Ummwälzungen anfangen? Wird mir diese Ummwälzung meine Pension zahlen?“

Ich habe volle neununddreißig Dienstjahre, ich wartete nur auf das Ende des Krieges, um in Pension zu gehen. Und nun geht das große Reich auseinander. Was soll ich nach dem Kriege anfangen, wenn mir niemand meine Pension zahlt? Ich bin schon alt, um einen neuen Beruf zu erlernen. Wer wird meine Pension zahlen?“

Er wendete sich in feindseliger Stimmung an den Adjutanten: „Was sagst du dazu, warum schweigst du? Du hast's gut, dein Vater wird jetzt polnischer Staatsbürger sein, die Polen brauchen eine neue Armee, du kannst dort eine schöne Karriere machen. Ich kann aber nichts mehr machen, es ist um meine Pension geschehen.“

Ein Rettungsgedanke fiel ihm ein.

„Ich bin zwar österreichischer Staatsbürger, aber ich habe eine ungarische Frau geheiratet, und meine Söhne sprechen sehr gut ungarisch. Uebrigens, ich spreche auch...“

Er rezitierte einige ungarische landläufige Phrasen. Es war traurig und komisch zugleich, wie er mit Aufbringung aller seiner Sprachkenntnisse die ungarische Sprache radebrach, um uns für seine Pläne gefügiger zu machen.

Er wurde vertrauensduffler.

„Schau's, meine Herren,“ sagte er leise, damit der Leutnant es nicht höre. „Ihr könntet mir einen großen Dienst erweisen. Ich möchte nämlich ungarischer Staatsbürger werden, denn,“ fügte er in fallcher Beurteilung der internationalen Lage hinzu, „Oesterreich wird in Fehden zerfallen, Ungarn wird aber immer ein großes Land bleiben, das imstande sein wird, Pensionen zu zahlen. Ihr könnt's auch beim Grafen Karolvi ein gutes Wort für mich einlegen. Net war?“

Die Lampe ging endgültig ein und wir blieben im Dunkel. Tastend gelangten wir endlich zu einer Tür und schritten dann durch den großen Hof.

Diese riesenhafte, gepenktlich verödete Kaserne war wahrhaftig das Symbol des verkrachten Habsburgerreiches. Dieses künzte sich auf die Kasernen, und als in dem Kriege die militärische Macht zusammenbrach, zerfiel das Reich und verödete sich die Kasernen.

Die Militärkaste, gestern noch die vornehmste und bevorzugteste aller Klassen, stand nun verwaist auf den Ruinen und bot ihre Dienste der erstbesten politischen Gruppe an.

Wir gelangten endlich auf die Gasse und verabchiedeten uns als intime Freunde, als Komplizen.

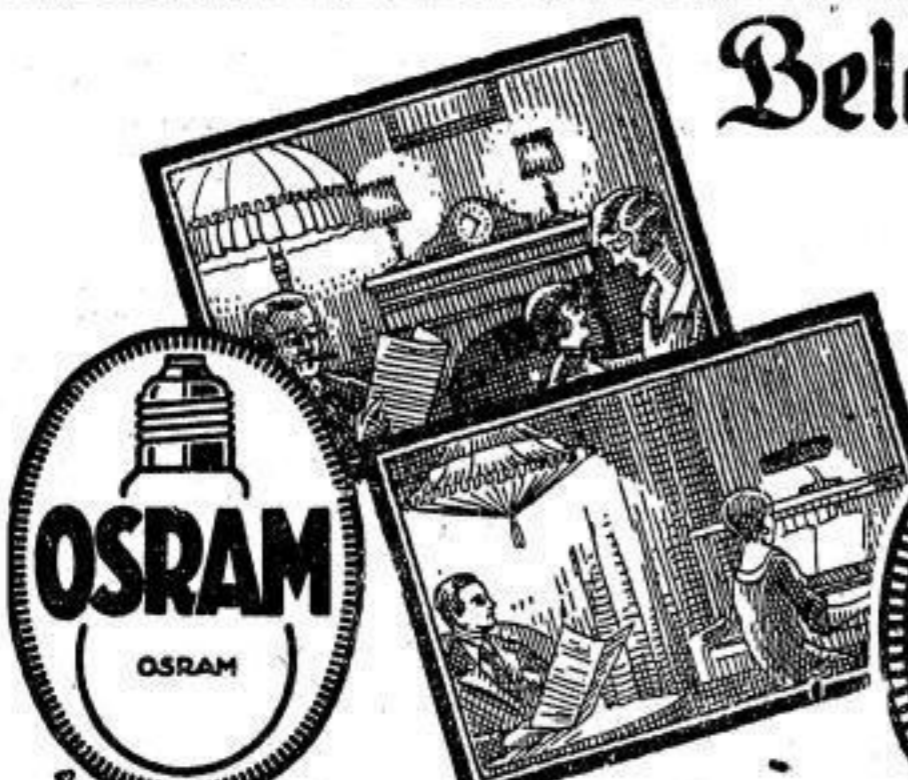
„Also auf Wiedersehen. Net war, Ihr werdet's machen. Dank schön, meine Herren!“

Ein Schlußartikel folgt.

Beleuchte Dein Heim besser!

Jeder schlecht beleuchtete Raum widerspricht der hohen Entwicklungsstufe der heutigen Lichttechnik. Für jeden Beleuchtungszweck gibt es passende Leuchten und passende Osram-Lampen.

Lassen Sie sich vom Elektrofachmann lichtwirtschaftlich beraten.



Das Arbeitsleben in der Sowjetunion

Im Institut für Arbeitsrecht an der Universität Leipzig sprach am 6. November Oberregierungsrat Joachim, Berlin (Reichsarbeitsministerium) über Eindrücke und Erfahrungen einer zweimonatigen wissenschaftlichen Studienreise in der Sowjetunion. In jirka zweistündiger Rede machte Oberregierungsrat Joachim die folgenden Ausführungen:

Wer sich nach Rußland begibt, das dortige Arbeitsleben in seinem Aufbau und in seinen Rechtsformen kennenzulernen, der muß eine Voraussetzungen mitbringen: genaue Kenntnis der Staatserfassungen der Sowjetunion. Eingehende Kenntnis der Verfassung bietet die Gewähr für eine klare Erkenntnis der gegebenen Verhältnisse und ihrer Zusammenhänge. Ebenso sei eine genaue Kenntnis des russischen Arbeitsrechts erforderlich. Wenn man ferner mit Erfolg und sinnvoll einen Überblick über

die Rechtsgrundlagen des Arbeitslebens der Sowjetunion

gewinnen will (das gilt auch für das Studium anderer Staaten), so könne man dabei methodisch nur in der Weise vorgehen, daß man die Rechtsverhältnisse und Rechtsinstitutionen des fremden Staates mit den eigenen Rechtsverhältnissen und Rechtsinstitutionen vergleicht. Gerade bei solchen Vergleichen wird man zur Feststellung und Herausarbeitung des wesentlichen kommen.

Wenn wir in Deutschland an ein Arbeitsrecht denken, so mit der Vorstellung, daß alle arbeitsrechtlichen Sonderbestimmungen und alle für ein bestimmtes Rechtsgebiet geschaffenen Gesetze einheitlich zusammengelassen werden. Der Grundgedanke der russischen Arbeitsgesetzgebung sei jedoch der, im Arbeitsrecht allgemeine Rechtsgrundsätze festzulegen und von ihnen aus das Arbeitsrecht auf den einzelnen Sondergebieten fortzuentwickeln. Das jetzige russische Arbeitsrecht, nach dem sich alle anderen Republiken der Sowjetunion richten, datiert vom Jahre 1922. Man mußte aber später noch eine Reihe von arbeitsrechtlichen Gesetzen und Verordnungen erlassen, die man demnach in einer Neuauflage des Arbeitsgesetzbuches in die bisherigen Bestimmungen einarbeiten will.

Wie in Deutschland, so bildet auch in Rußland der Tarifvertrag die Grundlage des Arbeitslebens. (Die Russen sagen Kollektivvertrag und verstehen unter Tarifvertrag nur ein Lohnabkommen.) Auch den Begriff „Arbeitgeber“ finden wir im russischen Arbeitsgesetzbuch; wie manchen anderen Begriff, die alle mit Deutlichkeit stehen.

daß die ökonomischen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit

und damit eben auch ein Arbeitsrecht zur Notwendigkeit wird. Die Russen behaupten auch gar nicht, daß sie eine sozialistische Wirtschaft haben. Sie glauben nur, daß ihre Wirtschafts- und Staatsformen und ihre Wirtschaftspolitik ein Weg zum Sozialismus sind.

Wir finden also auch in Rußland noch private Arbeitgeber, wobei allerdings Unterschiede gemacht werden müssen. Es gibt z. B. private Arbeitgeber, die russische Staatsangehörige sind, wie Handwerker, kleine Handelsunternehmer, Gastwirte, Kaufleute, kleine Fabrikanten (abgesehen von der Landwirtschaft, über die der Referent nicht berichtet, da er sich keine eigenen Kenntnisse hierüber in ausreichendem Maße verschaffen konnte). Man müsse natürlich unterscheiden zwischen Staatsangehörigen und Staatsbürgern. Staatsbürger könne der Unternehmer in Rußland nicht werden, denn

wer fremde Arbeitskraft ausbeutet, besitzt nach der russischen Verfassung keine staatsbürgerlichen Rechte.

In den Großstädten, wie Moskau und Leningrad, treten die privaten Arbeitgeber nicht so stark in Erscheinung. Das Straßenbild dieser Städte würde, was die offenen Läden anbetrifft, vornehmlich von den Geschäften der Genossenschaften und der staatlichen Truste beherrscht. Je weiter man sich von den Zentren entfernt, je weiter man in die Kleinstädte und Dörfer kommt, um so stärker begegnen man dem freien besitzenden Kreis privater Arbeitgeber. Daß sich die Arbeitsverhältnisse zwischen den Arbeitern und diesen privaten Arbeitgebern nicht immer günstig gestalten, beweisen die vielen Prozesse vor den Arbeitsgerichten, denen betagene Arbeiter der Referent Gelegenheit hatte. Die Verhandlungen zeigten im wesentlichen kein anderes Bild als wir es von unseren Arbeitsgerichten her kennen.

Die zweite Gruppe der privaten Arbeitgeber sind die sogenannten Konzessionäre, d. h. jene ausländischen Kapitalisten, die von der russischen Regierung für industrielle Zwecke eine Konzession erhalten, gewissermaßen eine Art Pachtvertrag abschließen, im übrigen jedoch auf eigenen Namen und auf eigenes Risiko ihr Geschäft betreiben.

Diese Konzessionäre sind für Rußland notwendig.

Rußland braucht, ebenso wie andere europäische Staaten, zur Rationalisierung seiner Wirtschaft Kapitalien. Rußland könne aus politischen Gründen das erforderliche Kapital auf dem Anleihemarkte nicht erhalten; es müsse deshalb versuchen, über den Weg von Konzessionen die ihm gestellten unabweisbaren Wirtschaftszwecke zu erfüllen. Daraus Rußland einen Vorwurf zu machen, wäre sinnlos, denn auch andere europäische Staaten benötigen zu ihrem Wiederaufbau ausländische Kapitalien. Wichtig sei aber, daß der Konzessionär erst dann keine Konzession erhält, wenn nachgewiesen wird, welchen Tarifvertrag er mit der in Frage kommenden Gewerkschaft abgeschlossen hat.

Die tariflichen Arbeitsbedingungen der Konzessionäre sind wesentlich besser als die sonstigen allgemeinen russischen Arbeitsbedingungen.

Die russischen Arbeiter nehmen deshalb gern Arbeit in den Betrieben der Konzessionäre an, mit Ausnahme von Gebieten, die weder für die technischen Beamten, noch für die Arbeiter infolge ihrer weiten Entfernung oder aus sonstigen Gründen anziehend sind.

Die dritte Gruppe der Arbeitgeber sind die selbständigen Unternehmen der öffentlichen Hand, die ähnlich wie unsere Deutsche Reichsbahn oder wie die Deutsche Reichspost aufgebaut sind, außerhalb des Staatshaushaltes stehen und eigene Rechnungslegung haben. Man nennt diese Wirtschaftsunternehmen in Rußland Truste. Ein solcher Trust besteht entweder für die Industrie der ganzen Sowjetunion oder — und das trifft für die Mehrheit der Truste zu — für die Industrie der einzelnen Sowjet-Republiken. Die Handelsunternehmungen sind wiederum besonders zusammengefaßt. Die Syndikate sind eine Zusammenfassung der industriellen Truste und der zentral erfassten Handelsunternehmungen. Einem Trust unterstehen sämtliche Fabriken eines Industriezweiges, während die einzelnen Industrietruste durch einen Volkswirtschaftsrat zusammengefaßt und kontrolliert werden. Dieser Volkswirtschaftsrat gliedert sich in verschiedene Abteilungen, wie Produktionsabteilung usw.

Von Wichtigkeit ist die sogenannte tarif-ökonomische Abteilung, oder wie wir sagen würden, die sozialpolitische Abteilung. Man kann sie auch als Arbeitgeberabteilung bezeichnen, denn ihre Aufgabe besteht darin, die Verhältnisse zur Arbeitnehmererschaft vom Standpunkte der Truste zu regeln. Diese Abteilung des Volkswirtschaftsrates gibt an die Truste Richtlinien heraus, an die sich die Truste sehr streng halten müssen. Die Verwaltung eines Trustes gliedert sich dem Volkswirtschaftsrate. Auch hier gibt es eine Arbeitgeberabteilung. Ihre Aufgabe ist es wieder, die Tarifverträge mit den Gewerkschaften abzuschließen. Auch die letzte Stufe in dieser Organisation, die Fabrik, hat die gleiche Verwaltungsorganisation wie der Trust, also auch ihre sozialpolitische Abteilung, die alle weiteren Regelungen für die Arbeitsverhältnisse im Betriebe zu treffen hat. (Unter anderem Festlegung der Arbeitszeiten.)

Unverkennbar ist, daß die ganzen Betriebe scharf durchorganisiert sind. Es ist überhaupt das besondere Kennzeichen des russischen Wiederaufbaues, daß überall organisiert wird. Das ist erforderlich, wobei offen bleibt, ob die gegenwärtige Organisation in allen Fällen gut ist. Allerdings dürfte man nicht vergessen, daß Rußland leichter und schneller organisieren kann als jeder andere europäische Industriestaat, da in Rußland nichts vorhanden war, was eine organisatorische Umstellung und Neugestaltung irgendwie hemmen und aufhalten kann. Was die Tätigkeit und funktionelle Stellung der sogenannten

toten Direktoren

angehe, so müsse mit aller Klarheit gesagt werden, daß darüber in Deutschland auf allen Seiten falsche Vorstellungen bestehen. Es könne gar keine Rede davon sein, daß die mit der Leitung beauftragten Direktoren nur Vertrauensmänner der Belegschaften seien. Sie seien, ebenso wie anderswo, Arbeitgeberfunktionen aus, und das vielfach mit einer ardueren Strenge als kapitalistische Direktoren. Gewiß sind ihre Machtbefugnisse durch die Gesamtsorganisation beschränkt, aber trotzdem noch von einer großen Verantwortung bestimmt, der sie in jeder Weise gerecht zu werden versuchen. Ihrem Verantwortungsbereich liegt besonders der Gedanke zugrunde, daß sie ihre Funktion im Dienste des proletarischen Staates ausüben und von diesem Standpunkte aus unbedingten Sonderinteressen entgegenstehen.

Wie sehen nun die Organisationen der Arbeitnehmer aus?

Die russischen Gewerkschaften sind genau so die Vertreter der Arbeitnehmer wie unsere Gewerkschaften. Wie bei uns, so vertreten auch sie die Arbeitnehmer gegenüber den Unternehmern und gegenüber der staatlichen Hoheitsverwaltung. Daß das Verhältnis des Gewerkschaftsfunktionärs zum Staat und seinen Funktionen ein anderes ist als in den überaus meisten Fällen bei uns, entspricht den politischen und gesellschaftlichen Zuständen und ist durch psychologische Erklärung. Bei gerechter Beurteilung der Verhältnisse wird man hier nichts absonderliches finden. Die russischen Gewerkschaften haben aber zwei wichtige Dinge voraus. Sie haben erstens eine einheitliche gewerkschaftliche Bewegung und zweitens in ihren Organisationen

fast reiflos alle Arbeitnehmer organisiert.

Ihr Aufbau zeigt, daß sie vieles mit den englischen Gewerkschaften gemein haben. Vor allen Dingen aber haben die russischen Gewerkschaften das eine für sich (ähnlich wie in der Wirtschaft), daß sie an dem Aufbau ihres Apparates durch keine Tradition ge hemmt wurden, denn von einer Gewerkschaftsbewegung vor der russischen Revolution 1917 könne ernsthaft nicht gesprochen werden. So findet man in Rußland im Gegensatz zu unserer Gewerkschaftsbewegung nur Industrieverbände, denen alle Arbeitnehmer eines Industriezweiges, vom qualifiziertesten Angestellten bis zum letzten Arbeiter angehören.

Die Zentrale dieser Industrieverbände, der zentrale Gewerkschaftsrat, hat jedoch gegenüber den einzelnen Verbänden be-

deutend mehr Macht, als dies beispielsweise in Deutschland der Fall ist. Die Hauptmacht liegt unweifelhaft beim zentralen Gewerkschaftsrat, die abgeleitete Macht in den unteren Gewerkschaftsverbänden. Der zentrale Gewerkschaftsrat gibt, ähnlich wie der Volkswirtschaftsrat, Richtlinien für die Betriebe und die Gewerkschaftspolitik an die angeschlossenen Verbände, auf deren Einhaltung streng geachtet wird. Die unterste Zelle der Gewerkschaften sind die Betriebsräte, d. h. sie sind auch noch dem Arbeitsgesetz das unterste gewerkschaftliche Organ. Von großem Interesse ist

das Verhältnis zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat.

hier liegen noch die großen Probleme des Arbeitsrechts der Sowjetunion. Neben dem Betriebsrat besteht noch eine Betriebsarbeitsgemeinschaft. (Betriebsarbeitsgemeinschaft ist keine wörtliche, sondern eine sinnmäßige Uebersetzung der russischen Bezeichnung. Die Russen sagen abgeleitet A.R.A.) Diese Betriebsarbeitsgemeinschaft steht im Verhältnis aus der Betriebsleitung und aus Mitgliedern des Betriebsrates zusammen und hat vornehmlich zwei Aufgaben zu erfüllen: 1. die Festlegung der Arbeitszeiten, 2. die Regelung der sonstigen Arbeitsbedingungen im Betriebe (Arbeitsordnung und dergleichen). Diese Funktionen ergeben sich daher, daß der Betriebsrat das untere Organ der Gewerkschaften ist. Auch die Regelung und Befolgung von Einzelstreikaktionen aus dem Arbeitsverhältnis kommt vor diese Betriebsarbeitsgemeinschaft. Der Arbeitnehmer kann zwar das Arbeitsgericht anrufen. In den überaus meisten Fällen kommen aber die Einzelstreikaktionen vor die A.R.A. Kommt zwischen den Mitgliedern der A.R.A. (beachte Zusammensetzung) wegen einer Einzelstreikaktion eine Einigung zustande, so ist diese Entscheidung für den Arbeitnehmer bindend. Er kann sie nur dann bei einem Arbeitsgerichte anfechten, wenn offensichtlich Arbeitsrechte verletzt werden oder sonst ein juristischer Fehler der Entscheidung zugrunde liegt. Einigt man sich im A.R.A. nicht, so geht der Rechtsstreit an das Arbeitsgericht. Der Referent ist allerdings der Meinung, daß der Arbeitnehmer — ganz gleich, in welchem Unternehmen er tätig ist — immer den Kürzeren ziehen wird, wenn Arbeitsstreikaktionen in dem Betriebe entschieden werden, zu dessen Inhaber sich der Arbeitnehmer unbedeutend in einem Abhängigkeitsverhältnis befindet. Von diesem Gesichtspunkte aus sei auch die russische Regelung noch sehr problematisch.

Nach der anschließenden regen Aussprache machte der Referent in Beantwortung verschiedener Fragen nach folgende Darlegungen: Es sei selbstverständlich, daß auch die Wirtschaftsunternehmungen der öffentlichen Hand Ueberschüsse erzielen sollen. Allerdings sei der Verteilungsmodus des Produktionsergebnisses ein anderer als im kapitalistischen Betriebe. (Dem Ueberschusse werden z. B. Abgaben für soziale Zwecke des Betriebes und ähnliches vorweg genommen.) Ob die Truste in allen Fällen mit den Ergebnissen abschließen, die von ihnen gefordert werden, ist eine ganz andere Frage.

Was die hohe Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer angeht, so könne man nicht behaupten, daß die Arbeitnehmer zum Beitritt in die Gewerkschaft gezwungen würden. Sie treten eben der Gewerkschaft bei, weil sie ihnen große Vorteile bringt, und zwar nicht nur im streng gewerkschaftlichen Sinne, sondern auch auf anderen sozialen Gebieten. Es gäbe auch in Rußland, ähnlich wie bei uns, oft Unfälle, die den Arbeiter zur Organisation führen. Ob das innerorganisatorische Leben der Gewerkschaften darunter leidet, daß keine Konkurrenzorganisationen vorhanden sind, oder die Zahl der organisierten Arbeitnehmer für die Verbände zu groß ist, kann sehr schwer beantwortet werden. Die Russen seien sich darüber klar, daß auch hier noch viel Probleme der Lösung harren.

Dagegen sind für die europäischen Gewerkschaften die russischen Arbeiterklubs vorbildlich.

Viele Gewerkschaftsmitglieder werden durch diese Klubs zu einem inneren Verhältnis zur Gewerkschaftsbewegung gebracht. Bemerkenswert ist ferner, daß fast überall, auch im zentralen Gewerkschaftsrat, das kollegiale System besteht. Man spricht deshalb nicht von dem Vorhandensein der Organisation, sondern vom Vorhandensein des zentralen Gewerkschaftsrates.

Die Frage, ob ein Anteiligen von privaten Arbeitgebern zu beobachten sei, müsse damit beantwortet werden,

daß die Zahl der privaten Arbeitgeber, die russische Staatsangehörige sind, zurückgeht,

weil sie nicht besonders obligat behandelt werden. Der größere Teil der früheren Bourgeoisie, und zwar zweifellos ihr guter Kern, sei in der Staatsverwaltung oft in sehr hohen Staatsstellungen tätig und arbeite loyal mit.

Für die Lohnverhältnisse der bei den kleinen privaten Arbeitgebern tätigen Arbeitnehmer bestehe fast keine tarifliche Bindung. Es müßte im übrigen mit jedem einzelnen Arbeitgeber ein Vertrag abgeschlossen werden, da es verboten ist, Arbeitgeberverbände zu bilden. Im übrigen kommen aber die Tarifverträge genau so wie bei uns zustande. Man kennt zwar keine Verbindlichkeitsklärung, habe aber dafür eine in der Wirkung gleiche Einrichtung. Wird beispielsweise der zuerst ergangene Schiedspruch von den Parteien nicht angenommen, so ergreift man weiteren Verhandlungen ein zweites Schiedsgericht, das bindend ist. Durch Teilnahme an Schlichtungsverhandlungen hat sich der Referent überzeugen können, daß auch die Parteienverhandlungen im wesentlichen das gleiche Bild zeigen wie bei uns. Daß dabei oft den Arbeitern von ihren Gewerkschaftsangehörigen, die im Schiedsgericht sitzen, Largen gemacht wird, daß ihre Forderungen zur Schädigung des Sowjetstaates führen, ist keine Seltenheit. M. F.

Sodom und Gomorrha

Roman von Carl Colbert.

23]

Copyright by Drei Masten Verlag, München-Berlin

„Nimm dir einen Hund ins Bett! Vielleicht wird er dir treu bleiben.“ Bei dieser unglücklichen Rede wick der Fritz den guten Erziehung von ihr und sie wurde wieder das Hausmeistermädchen aus der Vorstadt von früher. Mit geballten Fäusten ging sie auf ihn los, spudde ihn an und rief:

„Der wird mir auch treu bleiben und vor allem wird er kein Geld verlangen fürs...“ Heraus war es, das Wort, womit Straßenmädchen die bezahlte Liebe bezeichnen. Er aber blieb kalt: „Du drückst dich ja sehr hübsch aus, nicht wie in der Diebenger Wille, sondern wie am Mariäthron Gürtel. Die reine Straßenhure!“

Worauf sie: „Soll ich vielleicht kein Straßenmädchen sein, wenn mein Liebhaber ein Strizzi ist?“

Er hob die Hand, holte zum Schläge aus und schlug ihr ins Gesicht, einmal, zweimal, daß ihr Blut aus der Nase schloß.

„Sol! Wenn ich dein Strizzi war, sag ich auch wie ein Strizzi adeu. Eine kleine Anzahlung auf meine Abrechnung, Frau Proh-niger!“

So verließ er das Weib, das so viel für ihn gewagt hatte und jetzt verzweifelt erkennen mußte, daß sie es nicht um Liebe getan hatte, sondern wirklich wie die Straßenhure, die den Zufahrter verliert, wenn ihm eine andere mehr verspricht. Als sie so dasah und das Blut und die Tränen sich garstig vermischten, schüttete sie, daß er wirklich der Zufahrter gewesen war. Und sie zitterte vor allem, was kommen würde.

XII.

Väter und Kinder.

Fast zu gleicher Zeit fanden folgende Gespräche statt: Das Stubenmädchen meldete Maud, daß Herr Präfident Proh-niger das Fräulein zu sprechen wünsche. Es war Geselligkeit seit Jahren, seitdem Maud aufgehört hatte, ein Kind zu sein, daß ihr Vater nicht zu ihr kam, ohne seinen Besuch ein paar Stunden vorher anzufrachten zu haben; sie hatte es so gewöhnt und nach einem Widerstand durchgesetzt; nur bei wichtigen Anlässen kam er unmittelsbar nach der Anmeldung.

Maud war Menschenkennerin. Aus der Befangenheit ihres Vaters hatte sie den Zweck seines Kommens erraten; eine Einleitung über Vaterliebe und ähnliches machten es ihr zur Gewissheit. Nicht als ob sie an seiner Vaterliebe gezweifelt hätte; dazu hatte sie keine Ursache; aber sie hatten nicht die Gewohnheit, über Dinge dieser Art zu sprechen, sondern ihre Unterhaltungen bewegten sich außerhalb der Grenzen des Gefühllebens, auf dem Gebiete der Tatsachen, der matters of fact, wie sie in ihrer Vogliebe für das Englische zu sagen pflegte.

Sie gab dem Gepräch auch dieses Mal die Wendung ins Gewohnte. Mit dem Gefühl, das immer wieder die Vertraulichkeit entfernte, die ihm Bedürfnis war und die er so schmerzlich vermied, warf sie leicht die Bemerkung hin:

„Ich vermute, daß du mich verheiraten willst. Wer ist der Glückliche?“ So schnitt sie alle überflüssigen Einleitungen ab und senkte die Unterredung geradezu auf ihr Ziel. Sie äherte nicht das geringste Erstaunen, als Papa den Mann nannte, an den sie als erwünschten Vater des unerwünschten Kindes gedacht hatte. Ueberall, seine Tochter, die eheliche, so bereitwillig zu finden, sagte Proh-niger einige Worte zum Lobe Gaston Innerhubers; sie jedoch winkte ab.

„Bemühe dich nicht, Papa! Sehen wir die Dinge, wie sie sind, nicht wie wir möchten, daß sie schöner. Klarheit vor allem! Du schließt ihn nicht vor, wenn es nicht deine Gefühle verlangen, und ich ging nicht auf die Kombination ein, fände ich sie nicht annehmbar. Was für Bedingungen habt ihr vereinbart?“

Mit ruhiger Sachlichkeit wurden sie mitgeteilt und angehört. Sie merkte sie mit ihrer goldenen Füllfeder auf einem nischen Papierblock an: „Ich hoffe, du wirst nichts dagegen haben, wenn ich zuvor mit meinem Rechtsanwalt spreche!“

Ob er wissen könne, wer es sei? Ohne Zweifel, warum nicht? Er würde es ja ohnedies bei der Abfassung des Vertrages erfahren müssen. Sie nannte ihm einen der bekanntesten Anwälte. Proh-niger lächelte: „Der ist ja Spezialist in Eheheiraten!“

„Man kann nie zeitig genug vorsorgen,“ antwortete Maud, „und dann glaube ich, gerade er möchte wissen, wie man sie, wenn möglich, vermeide.“ Uebri gens bemerkte sie schon sehr mehreres, an das Papa nicht gedacht habe: die Festlegung der Haushaltungslosten, dann auch das Kaskogeld für ihren Bedarf und vor allem die Bestimmung vollster uneingeschränkter persönlicher Freiheit für sie, oder besser gesagt für beide veritrosiglebenden Teile. Sie werde

ihm diesbezüglich ihre Wünsche mitteilen. Bevor sie von der anderen Seite genehmigt seien, finde sie den Besuch des Herrn Sebastian Gaston nicht zweckmäßig.

Noch ein paar artige Worte über Papas gutes Aussehen und seinen jüngsten geschäftlichen Erfolg und die Unterredung war zu Ende. Sie erschloß einen Weg, der den Vater und die Tochter zufriedentstellte; er hatte die heiß begehrte Geschäftsverbindung ohne die gefährdeten Widerstände gefunden, sie den Gatten ohne lästige Vorurteile.

Fast zu derselben Stunde machte Innerhuber seinen Sohn mit seinem zukünftigen Schicksal bekannt. Gleichzeitig sprach er mit ihm zum erstenmal über die Lage des Geschäftshauses und seine Zukunft, trocken, faßlich, grauam offen, als wäre der Erde verantwortlich für die Erbschaft der Sünden, der Verbrennen, der Entartungen der Väter und Großväter. Er beschränkte ihm die geschäftliche Lage, dem Ansehen nach so überaus günstig, daß alle Welt sie darum beneidete; in Wirklichkeit sei der Umfang der Geschäfte viel zu groß, ihre Last zu schwer für seine, Michael Innerhubers alte Schultern, der Eilschritt der neuen Technik viel zu geschwind für seine müden Beine. Wie? Er sollte allein leisten, was für die Einrichtungen der großen Aktiengesellschaften eine fast unlösliche Aufgabe wäre? Diesen Aktiengesellschaften gedöbe die Zukunft, sie seien die Verteidigungsfront des Kapitals gegen die verbündeten Kräfte des Sozialismus der Fäuste und der Köpfe.

Darauf lächelte die täglich wachsende Schwierigkeit für die eisenverarbeitende Industrie, sich den Rohstoff aus den Händen der eisenzeugenden unter erträglichsten Bedingungen zu verschaffen. Er sei nicht gelonnen, zu warten, bis ihm die Gurgel zugeschnürt werde, und das müsse jedem unabwendbar geschehen, der müßig dem Lauf der Dinge zuläße, statt ihn zu bestimmen. Mit kleinen Mitteln sei das aber nicht zu machen; einen Anteil an Erzberg zu heizen, wie er es getan habe, sei vor vierzig Jahren richtige Politik gewesen. Er unterdrückte sich einen Augenblick lang. Dann schaltete er ein „Welle!“ ein, das einzige in dem Zukunftsbild, in dem sonst für Zweifel kein Raum war. Jetzt aber seien andere Mittel notwendig, die Verbindung mit den Gebluten der neuen Zeit widerlich, aber unvermeidlich und jedenfalls dem sonst sicheren Ende vorzuziehen. Der Kampf gegen das jüdische Bankkapital wäre schwierig in jedem Falle; er wäre aussichtslos, wenn du ihn führen solltest.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Konzentration im September

Von Dr. Kelly Croner.

Die

II.

LoKOMOTIVINDUSTRIE

befindet sich seit Jahren in einer schweren Krise. Der Bedarf ist stark eingeschränkt, die Leistungsfähigkeit dagegen gestiegen gegenüber der Vorkriegszeit. Die Reichsbahn hat in den Jahren 1924 bis 1928 durchschnittlich nur 7 Prozent der Vorkriegsvergebungen in Auftrag gegeben; die Auslieferung für die nächsten Jahre ist noch schlechter, da ein Mehrbestand von 1600 bis 1700 Lokomotiven vorhanden ist, der Neuaufträge drohen muß. 1913 bestellte die Reichsbahn 1550 Lokomotiven, 1918 sogar 3281, 1923 noch 1269, im letzten Jahre nur noch 100, und für 1929 sind nur ganze 13 Stück vorgesehen! Daneben gehen die anderen Inlandsbestellungen, größtenteils infolge der Automobilkonkurrenz gegen die Kleinbahnen, dauernd zurück. Auch der Export hat beträchtlich abgenommen; denn Deutschland hat seine führende Stellung am Weltmarkt durch das Aufkommen junger nationaler Industrien in vielen Ländern, die bisher nur importierten, verloren. Einem Gesamtumsatz von 3000 bis 4000 Stück in den letzten Kriegsjahren steht ein solcher von 615 in 1928 und 870 in 1927 gegenüber. Aus diesen wirtschaftlichen Notwendigkeiten haben die Lokomotivfabrikanten aber bisher keinerlei Konsequenzen gezogen, nur eine einzige Fabrik — diejenige von Rheinmetall — ist aus dem Lokomotivbau ausgeschieden; auch vor einer Konzentration scheute man bisher immer zurück. Erst im August d. J. ist der erste Spezialisierungsvertrag zu Stande gekommen. Die Firma Henschel u. Sohn (Kassel) übernimmt die Lokomotivbauabteilung der Maschinenfabrik Buda u. Wolf (Magdeburg). Diese scheidet aus dem Lokomotivbau völlig aus, ihr wird dafür die Lokomotivbauabteilung von Henschel übertragen.

Um der schwierigen Lage ihrer Industrie Herr zu werden, haben sich in den letzten Monaten zwei Gruppen gebildet, die Arbeitsgemeinschaft der Lokomotivfabriken Henschel, Vörlitz, Schwarzkopf und Wessell und die Lokomotivbaugemeinschaft Harigmann, Ehlingen — Karlsruhe. Beide haben Denkschriften veröffentlicht, in denen sie ihre Vorschläge zur Reorganisation entwickeln, beide widersprechen sich auf das Entschiedenste. Die Arbeitsgemeinschaft tritt für eine Zentralisation der Reichsbahnaufträge auf wenige leistungsfähige Werke ein, für Aufhebung der veralteten Sonderverträge, die die Verteilung nach den Ländergrenzen vornehmen; die Leistungsfähigkeit soll nach der Größe des Exports der letzten Jahre bemessen werden. Im Gegensatz dazu tritt die andere Gruppe für sorgfältige Innehaltung der Länderverträge, also für Dezentralisation ein; die Bemessung nach dem Export wird ausdrücklich abgelehnt. Die Erklärung für diese Widersprüche ist leicht zu finden: Die Arbeitsgemeinschaft vereinigt 4 Großbetriebe, die im Export eine verhältnismäßig gute Stellung haben und zusammen 40 Prozent der gesamtdeutschen Produktion herstellen. Die drei andern Fabriken besitzen nur 6,34 Prozent der Quotenbeteiligung an der Deutschen Lokomotivvereinigung; sie sind mittlere oder kleine Betriebe, die in den letzten Jahren gar keine Auslandsaufträge erhalten haben. Ihre Stärke liegt darin, daß sie die einzigen Lokomotivfabriken in Sachsen, Württemberg und Baden sind und bei Beachtung der Länder-einteilung den Großbetriebe Kreuzens erfolgreich Konkurrenz machen können. Die Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft enthält aber noch zwei andere Forderungen: 1. solle der Reichsbahn bis Ende 1929 ein Reiskredit von 50 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt werden zur Vergebung von Neuaufträgen; 2. sollen die durch die Zentralisation auszuführenden Werke zwecks Erleichterung der Umstellung auf andere Fabrikationszweige aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Das Reichsverkehrsministerium hat sich beiden Denkschriften gegenüber wenig freundlich verhalten. Es hat ausdrücklich jegliche Subvention abgelehnt, magu besonders die schlechten Erfahrungen mit früheren Lokomotivsubventionen beigetragen haben (Vulkan, Schichau, Union Gießerei). Der Minister erklärte ausdrücklich, daß die Lokomotivindustrie nicht auf Hilfe von außen rechnen dürfe, jedenfalls nicht, bevor sie durch Zusammenfassungen und Anpassung des stark übersehten Produktionsapparates an den zukünftigen Bedarf selbst energisch die Reorganisation in die Hand genommen habe. Daraufhin ist die Arbeitsgemeinschaft darangegangen, Pläne für eine bestmögliche Zusammenfassung der Betriebe zu entwickeln, die der in der Waggonindustrie ähnlich soll. Den Wünschen der süddeutschen Monopollieferer ist der Verkehrsminister infolgedessen nachgekommen, als er vorläufig nichts an den Länderquoten geändert hat.

KUNSTLEIDENINDUSTRIE

Ist besonders die neueste Entwicklung bei den holländischen Konzernen Enka und Breda interessant. Kurz nach dem Tode Alfred Löwensteins, der Einfluß auf beide Gesellschaften genommen hatte, sprach man von einer Verschmelzung beider. Die Breda erhoffte von dieser Fusion eine finanzielle Stütze, um die zeitweilig aufgeschobene Emission ihrer neugegründeten Tochtergesellschaft British Breda Artificial Silk Company durchzuführen zu können. Im September entschloß sich nun die IG Farben zur Übernahme eines Minderheitspakets der englischen Gesellschaft, deren Finanzierung damit gesichert erscheint. Diese Neugruppierung ist aus zwei Gründen von internationalem Interesse: Einerseits, weil die IG sich zum ersten Male im Ausland in der Kunstleidenfabrikation betätigt, andererseits, weil damit eine Verbindung hergestellt wird zu einer Gruppe, die bisher außerhalb der „Arbeitsgemeinschaft“ stand und ein direkter Konkurrent der Glanzstoff-Werke ist, zu der die IG im übrigen enge Beziehungen unterhält. Damit ist der Traum Löwensteins — wenn auch auf andern Wegen — erfüllt worden; es ist die Brücke geschlagen zwischen der Breda und der Gruppe der „Großen Drei“, Courtaulds — Glanzstoff-Werke — Enka Breda. Diese Dreieinigkeit hat übrigens ihre Zusammenarbeit kürzlich von neuem bekräftigt durch die Gründung des Internationalen Bureaus für die Standardisierung von Kunstleiden-Fäden.

Weitere Ausdehnungen deutscher chemischer Konzerne im Ausland stellen dann die Gründung einer Kunstleidenfabrik in Rumänien dar, die von den Vereinten Glanzstoff-Fabriken in Gemeinamkeit mit der Niederösterreichischen Escomplant, der ersten Oesterreichischen Glanzstoff-Fabrik St. Wölten und verschiedener rumänischer Banken vorgenommen wird, und die Interessengemeinschaft, die von der IG mit der Pharmazeutischen Fabrik Chiosin A.G. in Ungarn eingegangen wurde. In Deutschland hat der Konzern, der neben dem Kamera-Trust Zeiss-Kon der größte Produzent photographischer Apparate ist, seine Kamera-interessen weiter ausgedehnt durch Übernahme der Fabrikanlage

der Firma W. Sedelbauer, Fabrik für Feinmechanik und Elektrotechnik in München.

In der vorigen Uebersicht war von einer bedeutsamen neuen Erfindung zu berichten, deren Fabrikation gleich in hochkapitalistischer Form ins Leben trat. Diesmal ist wieder ein interessantes neues Patent zu erwähnen, die

automatische Photographie.

Nur zwei Jahre ist es her, daß ein unbekannter Russe in einem Reparatur-Café den ersten Photographieautomaten zeigte, und schon haben sich weltumspannende Gesellschaften mit Millionen von Kapital gebildet, um aus der Fingigkeit dieses Mannes — den man übrigens mit einer Million Dollar endgültig abgefunden hat — Riesengewinne zu schlagen. Seit Juni 1924 existiert die Photomaton Parent Corp. Ltd. in London, der die amerikanische Muttergesellschaft die Ausnutzung der Patente für Europa überließ. Vor kurzem ist in Brüssel eine Tochtergesellschaft der Londoner Firma mit 285 Millionen belgischer Franken Kapital gegründet worden, die Soc. Continentale Photomaton, die die Verwertung des Patents für alle kontinentalen Länder, einschließlich Rußlands, einschließlich ihrer Mandatsgebiete und Kolonien, erhält. An der Gründung sind englische, französische, belgische und holländische Banken beteiligt. Von den deutschen Interessenten spielt die größte Rolle das bekannte Bankhaus Pazarb-Speyer-Glissen. Für Deutschland ist die Gründung insofern von besonderem Interesse, als man Siemens u. Halske das Fabrikationsmonopol für Photographieautomaten für die ganze Welt — nur mit Ausnahme der USA und Rußland — übertragen hat. Die optischen Einrichtungen sind gleichfalls monopolmäßig einer deutschen Firma, der Emil-Busch-A.G. in Rastenburg, zugesprochen worden. Siemens will vorläufig 200 Apparate pro Monat herstellen (einjährlicher Verkaufswert inkl. Lizenzgebühren 20 000 RM.), womit für 1500 Arbeiter Beschäftigung für ein Jahr gesichert ist. Die ersten Apparate, die für 1 RM. in 28 Sekunden 8 verschiedene Aufnahmen machen und nach 8 Minuten die fertigen Photographien ausspieen, wurden in vier Warenhäusern und in einem eigenen Photomatonladen in Berlin aufgestellt. Wie bei der Tonbildgesellschaft haben sich bereits verschiedene Konkurrenzfirmen aufgetan, so die Photograph Parent Corp. mit 100 000 Pfund Sterling (6 Millionen Reichsmark) Kapital, und die Photo-Matix Portraits Ltd. mit ungefähr 120 000 Pfund Sterling, beide in London, die aber an Kapitalkraft weit hinter der ersten Gruppe zurückstehen.

Sachient Konferenz des DDB

Am Sonnabend und Sonntag tagte im Landtag in Dresden die Landeskonferenz des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes, Bezirk Sachsen.

Ueber die organisatorische Entwicklung der Beamtensbewegung

referierte Kunze (Berlin). Der 9. November 1918 sei auch ein Gedächtnistag der Beamten; denn an diesem Tage wurde der Beamte Staatsbürger, erhielt das Recht der freien Meinungsäußerung, der gemeinschaftlichen Betätigung. Ohne 9. November keine Republik, ohne Republik keine freigewerkschaftliche Beamtensbewegung! Die Masse der Beamten hatte 1918 den christlichen Willen zur Gewerkschaftsarbeit, eng verbunden mit den Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen. Diese Bewegung wurde aber recht bald durch dunkle Kräfte erstarrt. Selbst der Deutsche Beamtensbund legte damals, im Gegensatz zu heute, Wert auf den gewerkschaftlichen Charakter.

Bis 1923 standen, wenigstens äußerlich, bei den Besoldungsverhandlungen Beamte, Angestellte und Arbeiter in Einheitsfront zusammen. Die Wirkung war so gewaltig, daß der feinerzeitige Reichsanwalt erklärt, es gäbe keine Regierung, die sich einer solchen Einheitsfront entgegenstellen könne. Aber auf der Gegenseite waren die Feindkräfte an der Arbeit. Im Juni 1924 traten die Beamten erstmalig allein auf, mit dem Erfolg, daß die unteren Beamten mit 17 Prozent, die oberen Gruppen aber mit 70 Prozent abschloffen. Ziel und Absicht beim DDB wurden dadurch deutlich offenkundig.

Aus der Erkenntnis der zerstörenden Kräfte wurde 1922 in Leipzig der freigewerkschaftliche Allgemeine Deutsche Beamtensbund gegründet. Seitdem hat sich unser Bund gewaltig entwickelt. Im Gegensatz zu unserem DDB haben die elementaren gewerkschaftlichen Grundzüge der Solidarität, Hilfe für die Verarmten und Disziplin, bei der großen „neutralen“ Beamtensorganisation, beim Deutschen Beamtensbund, keinen Platz. Die große Masse der unteren und mittleren Beamten ist ihm wohl gut als Fundament, ihre Kraft aber wendet der DDB zur Hebung ihrer sozialen Lage nicht an.

Die gesunden gewerkschaftlichen Regungen großer Mitgliederfreie im DDB nach der letzten Besoldungsregelung wurden auf dem letzten Bundestag wieder unerträglich: Alles bleibt beim Alten! Das ist kein Wunder. Neben der unklaren politischen Linie des DDB üben heute die Wirtschaftseinrichtungen des DDB einen stark hemmenden Einfluß auf die Führung aus. Es ist ein Täuschungs-moment, wenn der Mißerfolg der Besoldungsverhandlungen auf das Schuldkonto des einzelnen Abgeordneten gebucht wird. Es ist dem Abgeordneten, der Mitglied oder Führer des DDB ist, weil und soweit er auf das Programm seiner bürgerlichen Partei verpflichtet ist, einfach unmöglich, die Masse der Beamten zu vertreten. Es kommt hinzu, daß durch die im Jahre 1928 erfolgte Verschmelzung des DDB mit den Christen das Steier im DDB noch weiter nach rechts herumgerissen wurde.

Die Tatsache der innerlichen Schwäche des DDB im Gegensatz zu seiner großen Mitgliederzahl verpflichtet uns zur intensiven Klein- und Erziehungsarbeit unter den Beamten für unsere Ideen. Der DDB-Gedanke muß in der Öffentlichkeit noch mehr als bisher propagiert werden. Der Beamte, der sich zur sozialistischen Weltanschauung bekennt, gehört nicht in die Reihen des DDB, sondern zu uns. Er muß sich freigewerkschaftlich organisieren, sonst hat er zwei Seelen in seiner Brust!

Die Konzentration in der

Hochseefischerei

Deutschlands hat sich in den letzten Jahren treibhausartig entwickelt. Vor dem Kriege überwog der handwerkliche Betrieb vollkommen; es gab nur wenige Unternehmungen mit einer größeren Anzahl von Schiffen. Erst in der Nachkriegszeit haben sich größere kapitalistisch aufgelegene Unternehmungen entwickelt, die sich allmählich auch Nebenbetriebe (Klappschiffanlagen, Marinieranstalten, Vertriebsgesellschaften) angliederten. Erst seitdem erhielt die Hochseefischerei die Unterstützung führender Banken, seitdem wurden auch öffentliche Mittel eingesetzt, um durch Verbesserung der Verlethwege von den Küstereidelen zum Binnenland, durch Propaganda für Seefischkonsum usw. auch küstenerne Gebiete als Abfahrgelände zu erschließen. In den letzten zwei bis drei Jahren kamen dann die ersten Zusammenfassungen zustande, die bewirkten, daß von 382 Fischzügen heute bereits 195 zu einigen wenigen Konzernen und nur noch 130 Einzelunternehmern gehören (der Rest steht unter kommunaler Verwaltung). Die beiden bedeutendsten Konzerne waren bisher die Cuxhavener Hochseefischerei-A.G., die das größte Hochseefischereiuunternehmen der Welt, und die Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ in Nordensham. Die Cuxhavener Gesellschaft betreibt seit Februar 1927 103 Schiffe, davon gehören 18 Schiffe einer italienischen Gesellschaft, die vor Cuxhaven fischet, 85 stellen den Schiffsport dar, der sich aus ihren eigenen und den 46 Schiffen der Deutschen Seefischerei zusammensetzt, die seit 1927 in ihr aufgegangen ist. Seitdem kontrolliert sie auch die Flotte der Embener Hochseefischerei, der Wilhelmshavener Hochseefischerei, der Kleiner Herings- und Hochseefischerei-A.G. (kürzlich liquidiert), die Deutsche Seefischhandels-A.G., die Cuxhavener Eiswerke, A.G., und die Partenerdeerei Grohm in Wilhelmshaven. Die Stärke der Nordsee, die nur 24 eigene Schiffe besitzt, liegt in der Zugehörigkeit zum Konzernkreis der Bremer Schröder-Bank einerseits, in der gut ausgebauten Abfahrorganisation andererseits; sie verfügt über 117 Groß- und Kleinhandelsfilialen an den verschiedensten Plätzen. Neuerdings ist nun eine Fusion zwischen diesen beiden Großgruppen zustande gekommen, die ungefähr 150 Fischdampfer unter einheitlicher Leitung bringt. Das Ziel dieses Trakts ist die Beherrschung des deutschen Fischmarktes; durch ein weitverbreitetes, mit modernsten Transporteinrichtungen und Nachrichtenvermittlung ausgerüstetes Unternehmen kann man hier eine künstliche Verknüpfung herstellen, wenn an ausländischen Börsen höhere Preise zu erzielen sind. Die Furcht vor einer Monopolisierung dieses wichtigen Volkswirtschaftsmittels hat bereits die „freien“ Fischer — die allerdings sehr zerstückelt sind —, die Fischhändler, Konsumvereine und Kommunalverwaltungen zu Abwehrversuchen zusammengebracht, doch ist für eine wirkungsvolle Einheitsfrontorganisation vorläufig noch keinerlei Aussicht vorhanden.

An das Referat, das mit starkem Beifall aufgenommen wurde, schloß sich eine lebhafte Aussprache an, der sich die Kollegen Richter (Dresden), Behold (Pirna), Gula, A. Müller (Leipzig) und Ullmann (Dresden) beteiligten. Es kam von allen Rednern zum Ausdruck, daß die Agitationsarbeit des DDB in erster Linie durch die sozialdemokratischen Mitglieder des DDB geschehen wird. Die Hauptagitatoren des DDB aber seien keine sozialdemokratischen Mitglieder, die Politiker im DDB aber seien keine Führer, die im Jahressommer der Rechtsparteien schwimmen.

Anschließend berichtete der Landessekretär Stein (Dresden) über

die DDB-Bewegung in Sachsen.

Der DDB habe sich in Sachsen endgültig durchgesetzt; er stehe jetzt da. Allenfalls habe er bei der Interessvertretung der Beamten die Führung an sich gerissen, wenngleich der DDB zahlenmäßig größer sei. Das Verhältnis zur SPD und ihren Institutionen sei gut, auch mit den freien Angestellten- und Arbeitergewerkschaften herrsche ein inniges Arbeitsverhältnis. Leider sei noch nicht allenfalls ein gedeihliches Verhältnis mit der sächsischen sozialistischen Presse, die vielfach über die Interna der Beamtensbewegung nicht orientiert sei, zu verzeichnen. Die Zahl der Ortsauslässe ist um fünf auf 33 gestiegen. Das Verhältnis der einzelnen Verbände zueinander war immer gut. Die Ortsauslässe müßten allerdings noch richtiger sein. Bebauertlich ist, daß es bisher noch nicht gelang, in die Reihen der Lehrer einzubringen.

Nach kurzer Aussprache gab Kollege Dr. Böttner (Berlin) einen kurzen Uebersicht über die Aktionen des DDB zur Verbesserung der letzten Besoldungsregelung. Damit war die Sonnabendtagung beendet.

Arbeitsamt Leipzig

Die am 10. November vorgenommene Wahl der Beauftragtenvertretung brachte dem DDB einen vollen Erfolg. Er erhielt von 165 abgegebenen Stimmen 116, während sich der GdA mit 37, der DDB mit 12 begnügen mußten. Der DDB stellt 5 Betriebsvertretungsmitglieder, der GdA einen. Auf den DDB entfiel nicht einmal ein Ersatzmann. Die Dauerangestellten (49) übten befremdlicherweise bis auf 5 Wahlenthaltung. Sie sind der Meinung, daß für sie die Beamtensvertretung zuständig ist. Unter den Dauerangestellten befinden sich viele ehemalige Mitglieder der Arbeitergewerkschaften. Das macht die Wahlschätzung noch befremdlicher!

„Maschinenstürmer“

WB Havana, 12. November.

Mehrere tausend Zigarrenarbeiter veranstalteten gestern eine Kundgebung gegen die zunehmende Einführung des Maschinenbetriebes in der Zigarrenindustrie Kubas. Die Demonstranten marschieren in einem etwa zwei Meilen langen Zuge zum Präsidentenpalais und überreichten dem Präsidenten Machado ein Protestschreiben.

SALAMANDER FUSSARZT-STIEFEL

DAS BESTE REZEPT FÜR EMPFINDLICHE FÜSSE

DIE WAHRZEICHEN DER ECHTEN SALAMANDER-STIEFEL SIND DIE EINGEPRÄGTE SCHUTZMARKE UND DIE PREMSGRUPPE AUF DER SOHLE

Petersstraße 16

Leipzig

Grimmaische Str. 15



Schaufenster

Die Schaufensterdekoration ist, wie das gesamte übrige Werbe...

Gehen wir heute durch die Straßen einer Großstadt, so werden...

Dieses „Die Waren-an-den-Mann-bringen“ ist nun heute zu...

Das hübsche schwarzrotgoldene Plakat „Schaufensterchau“, das...

Die Ausstellung scheint auf die Leipziger keinen großen Ein...

Kleine Chronik

Das Arbeiter-Bildungsinstitut ehrt Schubert. Ohne Pathos,...

zu kommen, wo ein christlicher „Bühnenvolksbund“ den toten...

Altes Theater. Die Leiterin der Leipziger Wigan-Schule, Alice Schnoor, veranstaltet Sonntag, den 18. Novem...

Der Tonfilm nach Karolus

Gelegentlich der Beschäftigung der neuen Räume der Mirag...

Jacob Blauner.

Funk der Woche

Mit einem gut ausgewählten Programm sozialer Dichtungen...

Als Sendespiel wurde „Lazarus“ von Karl Ganderup auf...

Zur Feier der zehnten Wiedergeburt des Tages der deutschen...

Filmchau

Man könnte an dem indisch-englischen Film Das Grabmal...

Nach diesem Pomp, der so pathetisch mit Gut und Böse spielt...

Vor zehn Jahren

Erinnerungen des Genossen Jobena aus der Zeit, die sich groh...

V.

Eine Krähc hat die anderen die Augen nicht aus.

(Noch eine kurze Geschichte.)

Die andere Krähc war wieder unser Herr Leutnant, und die...

Wein für die „Herren“, Wein für die „Leute“.

Im Frühjahr 1918 jagen die Weinpresse in Kantinen und...

Unser Kabinenverwalter bekam nun folgende strenge Anweisung:

Run aber die Pointe! — In derselben Woche, in der die Offi...

Ein wirklich „feiner“ Mann!

Wohl hatte ich schon früher manchmal beobachtet können, daß...

Doch nun zur Sache selbst. — Als ich im Februar 1917 zum...

Daß ich dieser Hauptmann tagtäglich seine Nase mit den...

Ein Tag im Mai 1917 ist mir noch deutlich in Erinnerung.



Hungrige Kinder

Durch die Unterernährung, von der in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung so große Massen des arbeitenden Volkes betroffen sind, kommen ganz besonders die Kinder zu Schaden.

Es ist festgestellt, daß die Muskeln beim Neugeborenen 23,4 Prozent des Körpergewichts ausmachen, aber beim Erwachsenen 43,1 Prozent.

Es ist erwiesen, daß die Unterernährung den natürlichen Wachstumstrieb nicht aufhört. Die Natur läßt sich nicht durch den Widerstand einer kapitalistischen Wirtschaft hemmen.

Ein verdeckter Kaffhäuser-Rummel

Wozu viel Vertrauen zu der Werkkraft seiner Vereinigung scheint der Kaffhäuserbund nicht zu haben. Wenigstens verfuhr er am letzten Sonntag für seinen Rummel unter dem Deckmantel einer Wiedersehensfeier ehemalige Feldkraftfahrer ins Haus zu bekommen.

Sitzung der Stadtverordneten

Die nächste Sitzung der Stadtverordneten am Mittwoch, dem 14. November, 18 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungsaal hat folgende Tagesordnung zu erledigen: Einrichtung eines neuen Saales in der 15. Volkshschule, Turnhallenbau für die 19. Volkshschule.

Auffstieg eines Arbeiterunternehmens

Die Volkshilfe-Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft, die in allen Teilen Deutschlands Rechnungsstellen unterhält und in sämtlichen größeren Orten vertreten ist, erzielte im Oktober d. J. hinsichtlich ihres Antragsausgangs das bisher beste Resultat.

Schaufensterchau

Vom Ratssprekident wird mitgeteilt: Die vom Kunstgewerbemuseum zusammen mit dem Bund der Schaufenster-Decorateure Deutschlands und der Schule Reimann, Berlin, veranstaltete Ausstellung "Schaufensterchau" im Grassimuseum (Hospitalstraße) begegnet seit dem Schaufenster-Wettbewerb sehr großem Interesse.

Der Betriebsanwalt aus der Haft entlassen

Belanntlich war bei der Fällung des Urteilspruches gegen den Betriebsanwalt Winter auch die sofortige Verhaftung des Verurteilten angeordnet worden, da Verdunkelungsgefahr als vorliegend angenommen wurde.



So feierte der „Betriebsanwalt“ nach den Versammlungen, in denen er sich als den Vorläufer der „armen Leute“ verkündet.

den Versammlungen keine Beeinflussung bestimmter Zeugen zu sehen sei. Daraufhin wurde Winter sofort aus der Haft entlassen.

Wir hatten vom juristischen Standpunkt aus die Haftentlassung Winters ebenso für gerechtfertigt, wie uns die Begründung des Urteils gegen Winter in manchen Punkten als abwegig erschienen ist.

Ein Nervenschuß der MNA

Die gute Tante vom Peterssteinweg regt sich wieder einmal entsetzlich auf. Es ist doch arg! Man hat die Freiheit gehabt, für die Zwecke der Arbeiterkammerbildung ein anständiges Haus, die Schule der Arbeit, bereitzustellen, und es sind — sage und schreibe — öffentliche Gelder dazu verwandt worden.

Jedoch Aufregung trägt die geistige Klarheit. Das muß die Gute vom Peterssteinweg auch erfahren. „Luzus“ ruft sie empört. Man gehe durch den Neubau und weise auch nur ein einziges Luxuselement auf! Ober rechnet man am Peterssteinweg die Reinlichkeit zu den Luxuselementen? Dann freilich würde sich manches erklären!

Diese Schule der Arbeit ist ein „sozialdemokratischer Verein“ gebaut! Jeteren die MNA. Uns hat es bisher genügt zu wissen, daß Leipziger Genossen in der Schule der Arbeit die führende Stellung haben.

„Jeder Schüler der Anstalt — es werden höchstens 20 Margjisten darin ausgebildet — kostet der Schule übermäßig viel Geld“, lamentiert die MNA-Redaktion. Der Spieler, der das liest, bekommt das Schlottern ins Gebirn. Uebermäßig viel Geld! Er denkt an seinen straffen Geldbeutel, er denkt an seinen Steuerteller. Lieber Gott, was soll daraus noch werden! 20 Margjisten! Er sieht 20 gräßliche Blutmenschen auf sich eindringen. Scheußlich! Scheußlich!

Ach nein! Soweit sind wir leider noch nicht, daß „20 Margjisten“ den Staat oder die Stadt übermäßig viel Geld kosten.

Die tapferen Jungen, die dort in der Schule sich zu einem Jahre erster Bildungsarbeit zusammengelunden haben, sie tragen die Kosten ihres Unterhalts selbst. Sie schufen jeden Tag acht Stunden und länger in der Fabrik und im Kontor, um für ihr Heim die Miete aufzubringen, die ein geordneter Zinseindienst erfordert.

Und überdies: sie haben nur das Obergeschloß inne. Im Erdgeschloß aber sind ein großer Saal, zwei Klassen- und drei schöne Bibliotheksräume vorhanden für die Veranstaltungen des Volkshilfungsamtes, der Volkshochschule, der Schule für Wirtschaft und Verwaltung, der Gewerkschaftskurse. Auch manch eine Arbeiterkammerorganisation findet dort zu ihrem Lichtbildervortrag oder zu sonstigen Veranstaltungen ihre Heimstätte. Also mit den 20 Margjisten als den einzigen Nutznießern dieses Hauses ist es auch nicht! Was tut's. Der Spieler hat seine Senft wie zum Frühstück gegessen, und damit ist die Aufgabe der MNA erfüllt.

Museumsführung. Mittwoch, den 14. November, 18.45 Uhr, erfolgt in Naturkundlichen Helminthologischem Museum (Eingang Berggasse 3) eine öffentliche Führung: Eisen- und Eiszeit-Erfindungen im Leipziger Lande (R. Buch). Die Teilnahme ist für jedermann frei.

Herr Kolonel, der Sie doch ansonsten alle nur denkbaren Mißstände, vom Fräiser Gustav Schmidt bis zum Arzte Hodann, öffentlich anzugrängern pflegen?

Wir bringen hier zwei Bilder vom Herrn Betriebsanwalt. Das eine zeigt ihn bei der fleißigen Arbeit für „Wahrheit und Recht“ in der Gefängniszelle, die er gestern verlassen durfte. Das andere stellt eine Originalphotographie dar, die uns der bekannte, der W günstige Wind zugeflogen hat und die den „für die armen Leute auf einer Redebournee werdenden Winter bei einem abendlichen Zechgelage wiedergibt. Vielleicht hilft dieses Bild dazu, daß manchem von den Anhängern Winters über ihren großen Führer die Augen geöffnet werden.

Wir verzichten im übrigen darauf, auf die Angriffe, die Winter gegen uns und unseren Berichterstatter in seinem Blättele los läßt, einzugehen. Wir sind nur darauf neugierig, ob der Herr Staats-



Winter in der Gefängniszelle.

anwalt Hölter, den Winter auf das gründlichste beschimpft, die gleiche Empfindlichkeit zeigen wird, die in einem anderen Falle sein Kollege Maszowski gegen uns an den Tage legte.

Acht Filmabende

Für unsere Jugendweilteilnehmer — Eltern und Kinder. Im November finden acht weitere Filmabende für unsere Jugendweilteilnehmer und deren Eltern statt: Dienstag, den 20. November, im Löwenpark, 20 Uhr; Dienstag, den 20. November, in den Reichshallen, 19 Uhr; Mittwoch, den 21. November, im Schillerstädtchen, 18 Uhr; Mittwoch, den 21. November, im Felsenkeller, 18 Uhr; Mittwoch, den 21. November, im Gosenstädtchen, 19 Uhr; Mittwoch, den 21. November, im Reichsperwer, 19 Uhr; Mittwoch, den 21. November, im Volkshaus, 19 Uhr; Freitag, den 23. November, in der Goldenen Krone, Leipzig-Connewitz.

Die seitgenannte Veranstaltung beginnt nicht, wie auf den Eintrittskarten vermerkt, um 18 Uhr, sondern erst 19 Uhr. Es kommen überall zur Vorführung die Filme: „Arbeiter-Sachen“, „Rote Erde“ und „Ich fahr in die Welt“, außerdem lustige Beifilme. Die Arbeiterjugend bringt hierzu Kinder, Länze, Sprechhörner und Musikinstrumente. Freiwortler-Organisationen, Elternräte und Kinderfreunde beteiligen sich. Der Jugendweilteilnehmer wünscht, daß auch Erwachsene die Abende besuchen.

Achtung, Betriebskrankentassen!

Konferenz von Vertretern der Vorstände. Sonntag, den 25. November, 11 Uhr, findet in Grimma, Boges Ballhaus, eine Zusammenkunft der Vertreter der Betriebskrankentassen aus dem Bezirk des Oberverwaltungsamtes Leipzig statt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß jede Betriebskrankentasse wenigstens durch einen Vertreter vertreten ist. Die Ortsausschüsse des ADGB sind gebeten worden, für die Kollegen, die an der Sitzung in Grimma teilnehmen, die Fahrtkosten zu übernehmen. Es wird deshalb allen Kollegen empfohlen, sich an den Vorsitzenden des Ortsausschusses zwecks Erstattung der Fahrtkosten zu wenden. Erwünscht ist ebenfalls das Erscheinen von je einem Vertreter der Ortsausschüsse des ADGB im Bezirk des Oberverwaltungsamtes Leipzig.

Anfälle in Leipzig

Bei der Arbeit verunglückt. Gestern gegen 9.30 Uhr ist der Straßenarbeiter Johann Starke, 26 Jahre alt, im Bauhof der Straßenbahn Dessauer Straße 14, beim Transport von Straßenbahnschienen ausgerutscht und gestürzt. Es ist ihm dabei eine Bruchfraktur an den rechten Unterschenkel gefallen, wodurch dieser zweimal gebrochen wurde. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus St. Georg übergeführt.

Zu der tödlichen Rauchvergiftung, über die wir gestern ausführlich berichteten, ist noch nachzutragen, daß der dann verstorbene Rentner von einem Manne aus dem Schlafstimmer auf die Straße getragen wurde. Der unbekannte Mann wird gebeten, sich beim Kriminalamt zu melden.

Wieder ein Unfall durch Anrutschen auf Obsttreiben. Am 6. November gegen 22.30 Uhr, rutschte auf der Treppe des Hauptbahnhofes, Ausgang Wintergartenstraße, ein Mann auf einem weggeworfenen Pfirsichern aus und kam zu Fall. Er erlitt eine Gehirnerschütterung und wurde nach dem Krankenhaus St. Georg gebracht. Als Wegwerfer des Kernes kommen drei junge Leute in Frage, die vor dem Gefährten die genannte Treppe hinuntergegangen sind. Sie waren 17—18 Jahre alt. Angaben, die zur Ermittlung ihrer Person führen können, wolle man dem Kriminalamt mitteilen.

Wo ruft die Pflicht?

Freiquartiere für Gemeindevertreter.

Für sozialdemokratische Gemeindevertreter, die an einer Gemeindevortretterkonferenz in Leipzig teilnehmen, werden für die Nacht vom 24. zum 25. November Freiquartiere benötigt. Wer ein Freiquartier bereitstellen kann, wird um baldige Mitteilung unter Angabe von Name und Adresse an das Kommunalsekretariat, Tauchaer Straße 10/21, gebeten.

Gemeindevortreter-Konferenzen.

Arbeitsgemeinschaft Cröbern. Sonnabend, den 17. November, 20½ Uhr, Gemeindevortretterkonferenz im Gasthof Schießgraben, Tauberg. Vortrag des Genossen Bauer über das Reichsbewertungsgesetz.

Arbeitsgemeinschaft Markranstädt. Donnerstag, den 15. November, 20 Uhr, Gemeindevortretterkonferenz im Volkshaus zu Markranstädt.

Sozialistische Bildungsarbeit.

Kursus Schönlank, Westbezirk: Fortsetzung morgen Mittwoch, den 14. November, 20 Uhr, Schloß Lindensfeld. Kursus Herr, Ostbezirk: Heute Dienstag, 20 Uhr, Kästlers Festhalle. Kursus Blesitz, Südostbezirk: Donnerstag, den 15. November, 19 Uhr, 27. Volkshaus, Thonberg. Genosse Blesitz gibt einen kurzen Ueberblick über den ersten Vortrag, so daß hier noch neue Teilnehmer hinzutreten können. Anmeldungen im Kursuslokal.

Unterbezirks-Bildungsausschuß.

Funktionäre.

Marktseeberg. Morgen Mittwoch, 20 Uhr, im Gasthof. Elternräte, Agitationsauschuß müssen vertreten sein.

Wählig. Morgen Donnerstag, 19.30 Uhr, im Heim. Sitzung der Gesamtfunktionäre. Sehr wichtige Tagesordnung. Es ist unbedingt nötig, daß alle Funktionäre erscheinen.

Wahren. Die Funktionäre besetzen am Donnerstag, dem 15. November, 20 Uhr, den Vortrag der Genossin Siemen im Nidau-Ausgang.

Frauen.

Osten. Donnerstag, den 15. November, 20 Uhr, wichtige Funktionärensitzung im Kronprinzen. Alle Genossinnen müssen unbedingt erscheinen. Karten für die Frauenfeierstunde können bis zum Sonnabend beim Genossen Lorenz in Empfang genommen werden.

Wahren. Die Genossinnen besetzen am Donnerstag, dem 15. November, 20 Uhr, den Vortrag der Genossin Siemen im Nidau-Ausgang.

Georgsh. Heute Dienstag, 20 Uhr, im Alten Schützenhaus.

Begau. Donnerstag, den 15. November, 20 Uhr, im Volkshaus, Frauenversammlung. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Sozialistische Studentengruppe.

Im Rahmen unserer Vortragsreihe „Die Internationale“ spricht am Mittwoch, dem 14. November, 20 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 34, Aufgang E, Genosse Redakteur Joh. Kreyen über „Krieg und Revolution“. Wie es zum 9. November kam! Partei- und Jugendgenossen sind zu diesem Abend eingeladen und herzlich willkommen.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Connwitz. Die Gruppe Mse-Artur kommt jetzt nicht mehr Sonnabends, sondern Mittwochs, von 17.15 Uhr bis 18.45 Uhr zusammen.

Kleinshocher. Donnerstag kommen alle Kinder und Helfer zum allgemeinen Spielabend 17.30 Uhr in die Schule. Sonntag Tagesfahrt nach Großsteinberg. Anmeldung und 90 Pfennig bis Donnerstag in den Gruppenabenden abgeben. Treffen zur Fahrt Sonntag, 7 Uhr, am Wldier, Rückkunft 18.28 Uhr, Hauptbahnhof.

Eutritzsch. Horde Tisch Montag, Freie Dienstag, Anton Mittwoch, Max Donnerstag, Karl Freitag. Sonnabend gemeinsam ins neue Heim, hinter der 34. Volkshaus, von 17 bis 19 Uhr.

Mit-Weipig (Süd). Umständhalber kann der zum 14. November angelegte Elternabend nicht stattfinden. Unsere Gruppen finden statt:

Montag von 16 bis 18 Uhr die Kleinen bis 7 Jahre, Scharnhorststraße 27.

Montag von 17 bis 19 Uhr von 8 bis 11 Jahre, Volkshaus. (Siehe Tafel.)

Mittwoch von 16 bis 18.30 Uhr zum Basteln die Mädchen, Scharnhorststraße 27

Mittwoch von 17 bis 19 Uhr Werkunterricht für Jungen, Töpferstraße 2.

Sonnabend von 17 bis 19 Uhr die Großen.

Sprechklub.

Sprechformitwirkende von „Seld gewelht!“ Alle, die bei der Aufführung des Sprechwerkes „Seld gewelht!“ im Frühjahr in der Alberthalle mitgewirkt haben, werden ersucht, sich Mittwoch, den 14. November, 20 Uhr, im Volkshaus (Zimmer an der Tafel), zwecks Geldverteilung einzufinden.

Mitglieder-Veranstaltungen

Wirtschaftskämpfe und Wirtschaftsdemokratie. Darüber spricht in Mitgliederversammlungen Donnerstag, den 15. November, 20 Uhr, im Nidau-Ausgang; Freitag, den 16. November, 20 Uhr, im Mittelpunkt, Deych; Donnerstag, den 22. November, 20 Uhr, in den Reichshallen, Elisabethstraße, Genossin Prof. Anna Siemen, Jena. Bei der Bedeutung des Themas erwarten wir zahlreiches Erscheinen unserer Mitglieder. SPD Groß-Weipig.

Wählig-Greenberg. Morgen Mittwoch, 20 Uhr, in der Grünen Aue spricht Genosse Oberregierungsrat Schulze über „Ist Verwaltungsreform notwendig?“

Öffentliche Jugendveranstaltungen. Mittwoch, den 14. November 16.30 (Eintritt 10 Uhr) findet im Saale des Jugendheims Leipzig-Mitte, Töpferstr. 2, III., eine Vortragsführung für Kinder statt. Zur Aufführung gelangt: „Das Märchen vom Froschkönig“ und „Das Mädchen mit den Schwefelhähern“. Der Eintritt ist frei, kann aber nur gegen Karten gemacht werden, deren kostenlose Abgabe am Dienstag, dem 13. November, in der Geschäftsstelle des städtischen Jugendheims, Leipzig-Mitte, Töpferstr. 2, erfolgt.

Volkshilfsamt Leipzig. Im Frauenseminar, Königstraße 20, hat ein russischer Sprachkurs für Anfänger begonnen, in dem noch einige Teilnehmer aufgenommen werden können. Der Kursus findet Freitags von 19 bis 21 Uhr statt. Weiterhin läuft Dienstags, 19 bis 21 Uhr, ein russischer Sprachkurs für Fortgeschrittene, in dem ebenfalls noch einige Teilnehmer mit Vorkenntnissen aufgenommen werden können. Leitung des Kursus: Th. Kley. Anmeldungen im Kursus. Teilnehmergebühr monatlich 1 Mark. Für Erwerbslose unentgeltlich.

Hunde in Lebensmittelgeschäften. Vom Städtischen Gesundheitsamt wird mitgeteilt: Es ist beobachtet worden, daß von der Kundschaft der Lebensmittelgeschäfte in der Meinung, daß dies zulässig sei, Hunde auf dem Arme getragen mit in solche Geschäfte genommen werden. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß nach der Rotbekanntmachung vom 24. September 1918 das Mitbringen von Hunden in Lebensmittelgeschäfte schlechthin verboten ist, also auch das Mitbringen von Hunden, die auf dem Arme getragen werden.

Fleischverkauf an den Freibänken. Morgen Mittwoch, den 14. November, an der Freibank I: Nr. 4861 bis 5000 und Nr. 1 bis 2851; an der Freibank II Nr. 301 bis 1900. Von 10 Uhr an freier Verkauf.

Die Finanznöte der Gemeinden

Am 11. November fand in Dresden im Beisein von Vertretern der Staatsregierung, des Sächsischen Gemeindegewerkschafts usw. die Hauptversammlung der Vereinigung berufsmäßiger Gemeindevortretter Sächsens statt, in der die finanzielle Not der Gemeinden ausführlich erörtert wurde.

Junahst sprach der Geschäftsführer des Deutschen Landgemeindegewerkschafts Landrat a. D. Dr. Gerek über wichtige kommunale Tagesfragen. Er bezeichnete es als typisch für alle Tagungen der Gemeindevortretter, die Versicherungen der Regierungen zu hören, daß das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden das A und O für die Regierung sei. Vergeblich habe man aber bisher gewartet, daß diesen Worten endlich Taten folgen. Im Mittelpunkt der ganzen Gemeindepolitik stehe das Finanzaproblem. Tatsächlich würde den Gemeinden der Brotkorb immer höher gehängt, obwohl deren Aufgaben immer zahlreicher und größer würden. So läge in Wirklichkeit die Steigerung der Selbstverwaltung aus! Der Redner verlangte mehr Rücksichtnahme vom Reich auf die zwangsläufigen Aufgaben der Gemeinden. Die Aufstellung des neuen Reichshaushaltsplans stöße auf Schwierigkeiten wie nie zuvor. Schon heute sei ein Defizit von 800 Millionen vorhanden, für das die Deckung fehle. Zu beachten sei in diesem Zusammenhang, daß der Ertrag der Steuern noch lange nicht erreicht ist. Die Mindestgarantie für die Gemeinden zeige schon eine Ueberforderung von 200 Millionen. Die Verschlechterung der finanziellen Lage der Gemeinden durch die Kürzung der Reichssteuerüberweisungen mache die Erfüllung der sozialen und kulturellen Aufgaben unmöglich. Namentlich die leistungsschwachen Gemeinden müßten reichlicher bedacht werden. Beim künftigen Finanzausgleich müsse eine klare Fassung geschaffen werden, damit eine Bevorzugung der Großstädte zuungunsten der kleinen Gemeinden nicht mehr möglich sei. Er wies dann den vielfach erhobenen Vorwurf, daß die Gemeinden eine verschwendische Ausgabenpolitik betrieben, als unberechtigt zurück, hielt es aber für selbstverständlich, daß die Gemeinden in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Krisen sich etwas zurückhalten und größere Sparmaßnahmen üben. Beim Steuervereinfachungsgesetz, das die Buntschadigkeit der Landesgesetzgebung beseitigen und die Verhältnisse für den Steuerpflichtigen einfacher und leichter gestalten wolle, müsse der Kommunalpolitiker mitwirken.

Ueber die besondere finanzielle Notlage der sächsischen Bezirkegemeinden

referierte der Vorsitzende Bürgermeister Seidel, Ritzschau. Er betonte, daß die Bezirkegemeinden durch den Finanzausgleich am

häufigsten betroffen worden seien. Ihre misliche Lage sei begründet in der gewaltigen Steigerung der Bezirksaufgaben (Wohlfahrtspflege). Ein Fehler sei es, die leistungsfähigsten Gemeinden aus dem Bezirksverband herauszunehmen. Das Verhältnis des Bezirksverbandes zu den Bezirkegemeinden sei wie das einer Gemeinde in der Gemeinde. Die Pflichtaufgaben müßten zu einem Teil herabgemindert und bei Ueberwälzung der Reichssteueranteile müsse mehr als bisher die Bevölkerungszahl berücksichtigt werden.

Der Mitberichterstatter Bürgermeister Schmidt, Rähnitz-Helleras, verlangte von den einzelnen Bürgermeistern, ihren Einsatz auf die ihnen politisch nahestehenden Abgeordneten geltend zu machen, damit die den sächsischen Bezirkegemeinden durch das Steuervereinfachungsgesetz drohenden Gefahren abgewendet werden. Er schilderte die Schwierigkeiten der Gemeinden bei der Beschaffung von Anleihen für den Ausbau werdender Anlagen und wandte sich scharf gegen die Beratungsstelle für Auslandsanleihen in Berlin. Weiter erklärte er die Anteilnahme der Gemeinden an dem Lastenausgleichslokal für zu niedrig. Am Schließlichen kämen die Gemeinden weg, die mit ihrem Steueraufkommen unter dem Landesdurchschnitt ständen. Sächsen habe die größten Ausgaben für kulturelle und soziale Zwecke und verdiene deshalb besondere Berücksichtigung durch das Reich. Besonders unheilvoll für die kleinen Gemeinden wirkte sich die Mietinspektorenbesetzung aus. Stellenweise betrage der Fehlbetrag im Haushaltsplan 25 Mark pro Kopf der Bevölkerung. Soweit sich die Bezirkegemeinden überhaupt selbst helfen können, müsse eine Ausschüttung der Steuerquellen bis auf die letzte verlangt werden. Weiter sei eine gesetzliche Regelung der Bezirksumlage unbedingt notwendig.

Folgende Entschlüsse wurden angenommen:

„Die trostlose Finanzlage der Gemeinden, insbesondere der Bezirkegemeinden, kann sich nur dann zum Besseren wenden, wenn 1. die völlig unzulänglichen Steuerüberweisungen bedeutend erhöht werden, 2. die Bezirksumlage künftig in der Weise begrenzt wird, daß sie einen bestimmten Prozentsatz der gesamten Steuereinnahmen der Gemeinde nicht überschreiten darf, 3. der 18prozentige Anteil der Bezirksfürsorgeverträge an den Einkommen und der Körperschaftsteuer lediglich nach der Bevölkerungszahl verteilt wird, die Deckung des Aufwandes für die großen Pflichtaufgaben der Wohlfahrtspflege und des kommunalen Wegebauens im Wege eines Lastenausgleichs unter Mitverwendung der jehigen direkten Steuerzuschüsse an den Bezirksfürsorgeverband und der für den Wegebau bereitgestellten Kraftfahrzeugsteuer erfolgt.“

Der pietätvolle Weber

Kürzlich fand, wie bereits berichtet, eine Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien statt, die sich mit der Frage des Wbbaues der Schlafsteuer befaßte. Man konnte jedoch nicht zu Beschlüssen kommen, da der Finanzminister Weber durch Abwesenheit glänzte. Wie jetzt mitgeteilt wird, konnte Weber nicht anwesend sein, weil sein Vater an diesem Tage seinen 65. Geburtstag feierte. Das ist noch mal ein Minister mit Familienstimm! Oder sollte vielleicht Herr Weber Angst gehabt haben vor der politischen Situation, in die er durch den Antrag seiner Parteifreunde auf Aufhebung der Schlafsteuer geraten ist?

Schiebungen um Bethle

Wie eine Dresdner Korrespondenz berichtet, ist Herrn Bethle dieser Tage die Leitung der Staatskanzlei angeboten worden. Wahrscheinlich will man auf diese Weise den Widerstand der SPD gegen den Wegfall der Staatszeitung brechen. Bethle soll dieses Angebot abgelehnt haben. Wie wird dieser Ringkampf um den Posten wohl noch enden?

Sozialistischer Bürgermeister

Das Gemeindevorordnetenkollegium der Gemeinde Oberwährschitz bei Stollberg wählte mit den Stimmen der SPD und KPD-Fraktionen gegen die Stimmen der Bürgerlichen den Genossen Bürgermeister Hille-Sofa zum Bürgermeister von Oberwährschitz. Die Stelle war frei geworden, da der bisherige Bürgermeister, Genosse Wöckel, zum Bürgermeister der Gemeinde Selenau i. E. gewählt worden war.

Ein neues Schuländerungsgesetz

Im Verlauf der jehigen Tagungsperiode wird dem Landtage wiederum ein Schuländerungsgesetz vorgelegt werden, das die Zahl der Unterrichtsstunden der Volksschullehrer regeln soll. Der Landtag wird sich bereits in seiner Sitzung am heutigen Dienstag mit den Unterrichtsstunden beschäftigen.

Das größere Dresden

Dresden will sich durch Eingemeindungen weiter vergrößern. Es ist beabsichtigt, außer der Gemeinde Gohlis auch die Gemeinden Osterwitz, Wachwitz, Niederpoppitz, Gönnsdorf und Pappitz einzugemeinden. Die Einwohnerzahl würde dadurch allerdings nur um etwa 8000 wachsen, wohl aber würde die Stadt einen sehr erheblichen Gebäudefortschritt im Osten erfahren.

Zusammenfluß bürgerlicher Gemeindevertreter

Auf Veranlassung der bürgerlich-kommunalpolitischen Zentralfeste Dresden haben sich, wie schon in anderen Teilen Sachsens, nunmehr auch im Regierungsbezirk Bautzen die bürgerlichen Gemeindevertreter zu einer Arbeitsgemeinschaft für die Lauffähigkeitsaufhebungen zusammengeschlossen. Die Gründung erfolgte in bestem Gegenseitigen Einverständnis der bestehenden Arbeitsgemeinschaften sozialistischer Gemeindevertreter.

Dresden. Unterschlagungen in einem Dresdner Bankhaus. Bei Revisionen in der Buchhaltung eines Dresdner Bankhauses wurden größere Unregelmäßigkeiten aufgedeckt, die ein Ritt der 30er Jahre stehender Angestellter vermutlich schon seit Jahren begangen hat. Nach den bisherigen Feststellungen hat er durch raffinierte Fälschungen rund 16 000 Mark erlangt. Ob die unterschlagene Summe noch höher ist, werden die Nachprüfungen ergeben.

Chemnitz. Töblicher Motorradunfall. In der Plankenauer Straße fuhr ein Motorrad mit Beiwagen gegen den Pfeiler der Eisenbahnbrücke. Dabei wurde ein im Beiwagen sitzender 26 Jahre alter Tischler mit dem Kopf gegen den Pfeiler geschleudert. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Reinsdorf bei Plauen. Im Steinbruch verschüttet. In dem Steinbruch bei Reinsdorf wurde der 68 Jahre alte Steinarbeiter Max Hermann aus Oberloja durch hereinbrechende Bruchsteinmassen verschüttet. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er im Krankenhaus in Plauen starb.



Quantität. Gemeindevorordnetenversammlung. Die letzte Gemeindevorordnetenversammlung war wieder einmal der Lummelplatz der Kommunisten, die für die Gemeinde wenig gute Arbeit leisteten, sondern nur durch persönliche Kellereien jede nützbringende Arbeit unterbinden. Da sie in letzter Zeit dem Bürgertum mit verhassten hatten, einen stellvertretenden Bürgermeisterposten zu besetzen, um nur ja keinen SPD-Mann zu wählen, waren sie an dieser Sitzung sehr interessiert, weil nun bestimmt werden sollte, wer den 1. Stellvertreter nimm, ob der Kommunist oder der Bürgerliche. Genosse Korbach gab für die SPD die Erklärung ab, daß seine Fraktion kein Interesse an dem Posten habe und sich deshalb der Stimme enthalten würde. Dies brachte Herrn Beyer von der KPD auf den Plan, den man aus der Erholungsstätte geholt hatte, um den Karren wieder flottzumachen, den die anderen Herren von der KPD verfahren hatten. Er ging nicht etwa auf die Wahl des Bürgermeisters-Stellvertreters ein, sondern fiel persönlich über den Vorsteher, Genossen Korbach, her. So arbeiten hier die Kommunisten zur Freude des Bürgerturns gegen die SPD. Daß Herr Beyer mit dem Bürgerturn schon längst hinter den Kulissen geliebteigelt hat, wurde durch die Bürgerlichen selbst bestätigt. Sie schlugen einen Kommunisten zum 2. Stellvertreter vor. Gewählt wurde Herr Korbach (bürgerlich) zum ersten und Herr Beyer (KPD) zum zweiten Stellvertreter des Bürgermeisters. Nur eins sei noch erwähnt: Bei der Festsetzung der Entschädigung für den stellvertretenden Bürgermeister waren die Ausführungen des Herrn Beyer sehr interessant. Er hatte die Entschädigung schon abgehoben und hat dafür gar keine Stellvertretung geleistet. Er erklärte, daß er nur durch Pfändung dazu gezwungen wäre, das Geld zurückzugeben.

Bei den wenigen Punkten, die überhaupt beraten wurden, war die Festsetzung der Grund- und Gewerbesteuerzulage. Die SPD stimmte mit für 12½ Prozent, obwohl sie bisher alle Steuern abgelehnt hatte. Kenntnis genommen wird von dem Bericht des Krankenpflegeverbandes; die Leistungen der Krankenschwestern werden allseitig anerkannt. Weil die persönlichen Angriffe des Kommunistenführers gegen den Vorsteher nicht aufhörten, schloß der Vorsteher vorzeitig die Sitzung.

p. Scheudith, Revolutionsfeier. — Bela-Reinhold. Umrahmt von Gelangsvorträgen des gemischten Chores, Reitationen der SWJ und Musikvorträgen der Schindischen Kapelle beging die Scheudither Arbeiterkassette am 9. November die 10jährige Feiertag des Revolutionsfestes. Genosse Reichstagsabgeordneter Herr, Berlin, hielt vor einer aufmerksam lauschenden Menge die Festrede. Er schilderte die Ursachen und Wirkungen des 9. Novembers 1918 und hielt Ausblick in die Zukunft. Lebhafter Beifall wurde seinen glänzenden Ausführungen gesollt.

Am 20. November veranstaltete der Bildungsausschuß im Bahnhofsaale einen Bela-Reinhold-Abend.

Aufst. Aus der Partei. In der Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Ortsgruppe gab der Vorsitzende bekannt, daß bei der Hausagitation 14 neue Mitglieder und 8 Leser der Leipziger Volkszeitung gewonnen worden sind. Als Delegierter zum Unterbezirksparteitag in Borna wurde Genosse Lehmann gewählt. Schließlich entspann sich eine lebhafteste Debatte, in der das Vorgehen des Kirchenvorstandes und insbesondere das des Pfarrers gegen politisch anders Eingestellte scharf verurteilt wurde. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der besagt, daß die Ortsgruppe der SPD bereit ist, dem Sportklub beizutreten.

Ellenberg. Ein leistungsfähiger Radfahrer, der freihändig die Bergstraße heruntergefahren kam, hatte einen älteren Mann, der gerade über die Straße wollte, gestreift, so daß dieser stürzte. Zwei Arbeitskollegen des Verunglückten brachten ihn ins Krankenhaus. Zum Glück sind die Verletzungen nicht so schwer; der Mann kann nach wieder das Krankenhaus verlassen.

Der Fahrradb Dieb. Der hier einem auswärtig wohnenden Lehrling sein Fahrrad gestohlen hatte, konnte in dem Emil Klinge aus Taucha ermittelt werden. Bei einer Hausdurchsuchung durch die Polizei konnte das Fahrrad wieder herbeigeschafft werden.

Volkshaus Leipzig
Spezialgerichte. Heute: Thüringer Topfbraten mit Nudeln 1.10 Liter mit Rauchfleisch 0.80 — Morgen: Geback. Kalbsbrust mit Grünkohl 1.00 Schlachtfest.

Von keiner Partei gefangen gehalten!

Der Mordanschlag eines Kommunisten Ein Brief Heinrich Brandlers

Das „proletarische Vaterland“ der Kommunisten wird nicht nur deutschen Arbeitern zum Greuel, die versuchen, sich drücken in proletarischer Begeisterung nützlich zu machen. Selbst die organisatorisch wie theoretisch anerkannten Führer der Kommunisten, die berufen wurden, in Sowjetrußland zu arbeiten, sehen Himmel und Hölle in Bewegung, um aus dem „einzigen Arbeiterstaat der Welt“ wieder in die „kapitalistische Deutsche Republik“ zurückzukehren zu können. Bekannt ist das Wort Thalheimers, daß er sich in Sowjetrußland nicht „einbringen“ lassen wollte. Jetzt wird nun der Brief Heinrich Brandlers bekannt, den er von Moskau aus sowohl an die KPD wie an das EKKI richtete. Dieser Brief umschließt den Mordanschlag eines Gefangenen, der aus den Sowjetländern in die Freiheit der „Hindenburg-Republik“ flüchten möchte. Hier ist sein Wortlaut, den wir dem Vorwärts entnehmen:

Moskau, den 13. August 1928.

An das Politbureau der KPD und EKKI und Präsidium des EKKI.

Werte Genossen!

Ich habe am 9. August den Genossen Bucharin um eine Ausdrucksache wegen meiner Arbeit in der Bauern-Internationale und wegen meiner Rückreise nach Deutschland. Bucharin gab mir keine Antwort. Ich muß mich deswegen direkt an Euch wenden.

Im April 1924 wurde ich von den Komintern aufgefördert, nach Rußland zu kommen. Obgleich kein formeller Beschluß irgendeiner Parteistellung vorliegt, der mich verpflichtet, in der UESR zu bleiben, hat man mich seit dem 5. Kongreß nicht abreisen lassen.

Ich habe unmittelbar nach dem 5. Kongreß erklärt, daß ich anerkenne, im Jahre 1922/23 bei dem Bestreben, eine richtige kommunistische Politik in Deutschland durchzuführen, schwere Fehler gemacht zu haben, rechte wie linke Fehler. Ich habe bereits auf dem 5. Kongreß erklärt, daß ich mich allen Beschlüssen füge und mich verpflichte, sie durchzuführen, auch dann, wenn ich sie nicht für richtig halte. Ich habe erklärt, daß ich aber wünsche, in Westeuropa zu leben. Als Antwort beschloß das EKKI, mir die Leitung der Kooperationssektion bei EKKI zu übertragen. Ich fügte mich diesem Beschluß.

1925 beschloß die Internationale Kontrollkommission und deren Beschluß wurde vom EKKI bestätigt, auf Betreiben von Ruth Fischer, Maslow, Raj und Korsch, mich auf der Kominternarbeit zu entfernen und verbot mir jede Einmischung in die Angelegenheiten der Komintern und der KPD. Ich wurde vom 3. R.

und der KPD zur Arbeit als Referent im Weltwirtschaftsarchiv des EKKI kommandiert. Mein damaliges Gesuch um Ausreise wurde abgelehnt. Ich habe mich auch diesem Beschluß gefügt.

Seit dem 5. Kongreß werden in der Komintern und vor allem in der KPD fast alle opportunistischen Schweinereien mit dem Namen „Brandlerismus“ bezeichnet, mit denen ich nichts anderes zu tun habe, als man diese belämpfenswerten Tendenzen in der Komintern ohne Grund mit meinem Namen verbindet. Ich habe auch das Schweigend über mich ergehen lassen, weil ein Kampf zu meiner Rechtfertigung zur weiteren Entschärfung der KPD geführt hätte, statt zur Herausbildung einer selten klaren revolutionären Führung. 1927 wurde der Beschluß des EKKI, der mir die Arbeit in der Komintern und jede Einmischung in die Angelegenheiten der KPD verbietet, aufgehoben.

Ich wurde zur verantwortlichen Arbeit in der Bauern-Internationale abkommandiert. Gegen meinen Willen übertrug man mir die Leitung der Organisationsabteilung, die verantwortliche Arbeit beim gegenwärtigen Zustand der Bauern-Internationale. Ich habe mich auch diesen Beschlüssen gefügt, nachdem man mein abermaliges Gesuch um Ausreise abgelehnt hatte. Bei meiner Arbeit in der Kooperationssektion und in der Bauern-Internationale habe ich ohne eine einzige prinzipielle Differenz mit den Spitzen der Komintern zusammengearbeitet. Dennoch war und bin ich auf Schritt und Tritt an einer wirklich erfolgreichen Arbeit sowohl für die Kooperationssektion als auch in der Bauern-Internationale behindert worden und werde zur Zeit mehr denn je behindert, weil es unmöglich ist, einerseits als Hauptpräsident des Opportunismus abgestempelt zu sein und gleichzeitig verantwortliche leitende Parteiarbeit zu leisten.

Ich bitte deshalb um die Entziehung von meiner Arbeit in der Bauern-Internationale und um die Ausreise nach Deutschland. Dasselbe Hindernis wird bei jeder leitenden verantwortlichen Parteiarbeit in der UESR und in Deutschland der Fall sein, solange dieser Zustand bestehen bleibt. Da es nicht in meiner Macht liegt, dieses Verhältnis zur Zeit zu ändern, will ich meinerlei deutsche Parteiarbeit zugewiesen haben, die über den Rahmen der Arbeit eines Parteimitglieds im Betriebe hinausgeht. Ich will auch sehr, wo mir die Amnestie der Hindenburg-Republik das legale Arbeiten ermöglicht, mich nicht anders rechtfertigen, als durch die gewöhnliche Arbeit eines Parteimitglieds, aber zu Bedingungen, wie sie für jedes Mitglied obligatorisch sind, nicht mehr unter Parteiausnahme gestellt. Ich erhebe keinerlei Ansprüche auf währende Arbeit, ich fordere aber kategorisch meine Ausreise nach Deutschland. Wenn das Präsidium der KPD und das Politbureau der KPD und EKKI weiter der Meinung sind, daß ich unfähig

bin, als gewöhnliches Parteimitglied im Lande zu leben, mit dessen revolutionärer Bewegung ich mit allen Fasern verachsen bin, dann soll man mich ausschließen. Der jetzige Zustand ist für mich politisch und gesundheitlich nicht mehr tragbar.

Dann erklärte Brandler nochmals, daß er anerkenne, 1922/23 schwere Fehler gemacht zu haben, daß er sich aber jetzt der „Führung der Komintern und der Zentrale der KPD“ unterwerfe. Es hat ihm alles nichts genützt. Erst der Wink mit der Deutschen Botenschaft konnte diesem Kommunisten endlich die Befreiung aus seinem „proletarischen Vaterlande“ bringen. Gleichzeitig allerdings auch den Ausschluß aus der KPD, deren Führer er einst gewesen. Was tut's, wenn nur Thalmann bleibt.

Der neue Justizskandal

SPD Köln, 12. November.

Der seit mehreren Wochen wegen Verleumdung seiner Schwiegermutter in Magdeburg in Haft befindliche Reichsstaatsangehörige Beck (wir haben über den Fall vor einigen Tagen ausführlich berichtet, Red.) ist inzwischen von dem Kölner Schöffengericht zu der außergewöhnlich hohen Strafe von 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Die Strafe gilt durch die Untersuchungshaft als verbüßt.

Leipziger Rundfunkprogramm

Mittwoch, den 14. November.

- 14,15—14,45 Uhr: Ernst Smitgeloff, Komosa Crilla, Leipzig: Jta-Ilenscher Unterricht.
- 15,00 Uhr: Frostmeldungen.
- Anschließend: Schubert-Fest für die Jugend, Musikalische Leitung: Wilhelm Kettich.
- 16,30 Uhr: Konzert. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmar Weber.
- 18,05 Uhr: Arbeitsmarktbericht des Landesamts für Sachsen.
- 18,30—18,55 Uhr: Vektor Claude Grandet, Gertrud van Esjeren: Französisch für Fortgeschrittene. (Deutsche Welle, Berlin.)
- 18,55—19,20 Uhr: Ing. Herm. Gutwin: Wertmeisterlehrgang für Facharbeiter: „Arbeitslehre“. I. (Deutsche Welle, Berlin.)
- 19,30 Uhr: Dr. Hermann Boehndel, Leipzig: „Das Eheproblem“. 3. Vortrag: Die Liebes- und die Kameradschaftslehre.
- 20,00 Uhr: Dänischer Abend. Mitwirkende: Kammerjäger Georg Jostmann (Gesang), das Streicher-Quartett, Theodor Blumer (Klavier), Flügel: Wöhlisch.
- 21,00 Uhr: Vorlesung aus Werken von Jens Peter Jacobsen.
- 22,00 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22,15—24,00 Uhr: Tanz- und Unterhaltungsmusik

Freireligiöse Gemeinde

Mittwoch, den 14. November, abends 8 Uhr, findet im großen Saale des Volkshauses eine **Mitglieder-Versammlung** statt, die zur Sache Amon Stellung nehmen soll. Wir bitten unsere Mitglieder, recht zahlreich teilzunehmen. Der Vorstand, J. A. Karl Peter.

Familien-Nachrichten

Sonntag-Vormittag verschied nach lammem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unter guter Pflege, Großvater, Schwiegervater, Bruder und Onkel **Johann Biersack** im Alter von 65 Jahren. Knautzkecher 12. **Ida Biersack und Kinder** im Namen aller Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Mittwoch, mittags 12 Uhr, von der Halle aus statt.

Montag früh 5 Uhr verschied ruhig und sanft unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater **Hermann Loll** Kaufmann im fast vollendeten 75. Lebensjahre. Leipzig C I, Tautubenweg 89, II. Sts., 12. Nov. Zürich. Die trauernden Kinder. Einäscherung Donnerstag 15 Uhr auf dem Südfriedhof.

Sonntag morgen verschied nach kurzem Kranklager im Krankenhaus St Jakob im 56. Lebensjahre mein herzenguter Mann, unser lieber Vater und Schwiegervater, der **Schriftsetzer Max Fleischer** Leipzig, Brandvorwerkstraße 6, IV. Im tiefsten Schmerz **Emma verw. Fleischer geb. Taute** und die trauernden Kinder. Familie Artur Stida, Familie Otto Kämpfe Familie Otto Fleischer. Einäscherung Donnerstag, 13. Nov., 14 Uhr Südfriedhof.

Am 11. November verschied nach kurzer, schwerer Krankheit im 47. Lebensjahre meine liebe Gattin, unsere herzengute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, die Sebamm Frau **Mette Winter** Leipzig-Gohlis, Mödernische Straße 16. In tiefer Trauer **Albert Winter**. Die Beerdigung findet Donnerstag, 1/2 Uhr, von der Kapelle des Gohliser Friedhofs aus statt.

Ämliche Bekanntmachungen

Marktamt Die nächste öffentliche Stadtoverordnetenversammlung findet Freitag, den 16. November 1928, abends 7-8 Uhr, im Sitzungssaale Weisbachweg Nr. 1 statt. Die Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

Städtische Bücherei Großsch Im Stadthaus an der Breitstraße wird **Dienstag, den 13. November 1928, eröffnet**. Benutzung für jedermann. Öffnungszeiten: Jeden Dienstag von 1/2 bis 1/2 Uhr nachmittags.

Die Entnahme der Bücher muß vom Leser persönlich erfolgen. Jeder Leser kann im Monat drei Bände unentgeltlich entleihen. Die Ordnung liegt in der Bücherei aus. **Stadtrat Großsch**, am 12. Nov. 1928

In unserem Verlage erschien **Die freien Gewerkschaften in der großen Krise** Bürgerblock und Gewerkschaften von Johannes Kreyen Preis 60 Pfennig Alle Austräger und Filialen der Volksektion nehmen Bestellungen entgegen **Leipziger Buchdruckerei A.-G.** Abteilung Buchhandlung - Tauchaer Straße 10/21

Reform-Betten in Stahlrohre, in 3 Stufen, 1 Mark, unentgeltliche Lieferung, ab Montag. Nur 35,- M. Wahl Brühl 12 II

Wichtig! Nur-Garderoben von 29,50 Mark an Thomasiusstr. 11 über Eilertstraße.

berechnen wir für Anfertigung von Anzügen oder Mänteln. Elegant gutstehend. Haltbare Zutaten. Verarbeitung II **37,- Mark** nur **Jakobstr. 6** Nähe Altes Theater.

Gewerkschaftliche Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Leipzig Tel. 34121 u. 34111 Geschäftsform. v. 9-12 Uhr, nachm. 4-7 Uhr Sonnabends vorm. 9-12 Uhr

Wahlung, Betriebsräte. Donnerstag, den 15. November im Volkshaus. Tagesordnung: Stellungnahme zu dem Reichsarbeitsgerichtsurteil, die Auslieferung 1927 betr. **Wahlen!** Donnerstag, den 15. November, 19.30 Uhr. **Betriebsräte- und Vertrauensleute-Sitzung** in Stadt Wägen, Wägener Straße.

Werkzeugmacher und Einrichter Freitag, den 16. November, 19.30 Uhr, im Volkshaus **Betriebsräte- und Vertrauensleute-Sitzung.** Tagesordnung: Vortrag: „Aufbau des Volkshauses“. Referent Geschäftsführer Wägen. Branchenangelegenheiten.

Klempner. Freitag, den 16. November, 19.30 Uhr, **Vertrauensmänner-Sitzung** im Volkshaus.

Werberveranstaltung. In der Zeit vom 19. November bis 4. Dezember 1928 finden in folgenden Lokalen **Werberabende** statt. Die Veranstaltungen bestehen in Konzert, Regitation und Vorführung des Filmes: „Mensch unter Menschen“.

Montag, den 19. November, 19.30 Uhr, im Felsenkeller, L. Plagwitz.

Dienstag, den 20. November, 19.30 Uhr, in Mühlenters Gehäusen, L. Kleinbühl.

Donnerstag, den 22. November, 19.30 Uhr, im Schwarzen Bäcker, L. Deutsch.

Freitag, den 23. November, 19.30 Uhr, im Albertgarten, L. Anger.

Montag, den 26. November, 19.30 Uhr, in den Rheinold-Gehäusen, L. Seilerhauken.

Dienstag, den 27. November, 19.30 Uhr, im Goldenen Löwen, L. Wöhlisch.

Mittwoch, den 28. November, 19.30 Uhr, im Gohliser Wägen, L. Gohlis.

Donnerstag, den 29. Nov., 19.30 Uhr, im Volkshaus.

Dienstag, den 4. Dezember, 19.30 Uhr, in den Friedrichshäusern, L. Connewitz.

Eintrittskarten sind im Bureau, Kasse 2, in Empfang zu nehmen. Die Ortsverwaltung.

Mein Kind gedeiht prächtig!

(910) Mit nachstehenden Zeilen erlaube ich mir höflichst meine volle Anerkennung über die Güte Ihres von uns geschickten Kaffee Hag zu übersenden. Bemerken möchte ich noch, daß meine Frau schwer herzleidend war, aber infolge Genusses von Kaffee Hag ist eine wesentliche Besserung eingetreten. Wir können daher jedem den Kaffee Hag bestens empfehlen in kranken aber auch in gesunden Tagen. Auch bei meiner großen Nervosität hat Kaffee Hag mir große Dienste geleistet. Kaffee Hag werden wir weitere Treue bewahren. Albin Regler

(910) Hag hat mir große Dienste geleistet...

(485) Wir fühlen uns ausserordentlich wohl....

(485) Zugleich möchte ich nicht verhehlen mitzutellen, daß wir - 4 Personen - bis vor einem Jahr täglich 1/2 Pfund Bohnenkaffee tranken und demzufolge sehr an Nervosität zu leiden hatten, auch Herzschmerzen und Schlaflosigkeit blieben nicht aus. Im Ostseebad Ahlbeck tranken wir dann im Café zum ersten Male den Kaffee Hag, der uns außerordentlich mundete. Von dieser Stunde an haben wir stets Ihren Hagkaffee im Gebrauch und fühlen uns außerordentlich frisch und wohl. Wir sind sehr dankbar, Ihren Kaffee gefunden zu haben, der anregend und unschädlich wirkt. L. Fröhlich.

Aus dem Archiv der Kaffee-Bandels-Aktien-Gesellschaft, Bremen

